Beilage zu Wildcat-Zirkular 48/49 - März 1999 - Einezlpreis 5 Mark

DOLE AUTONOMY

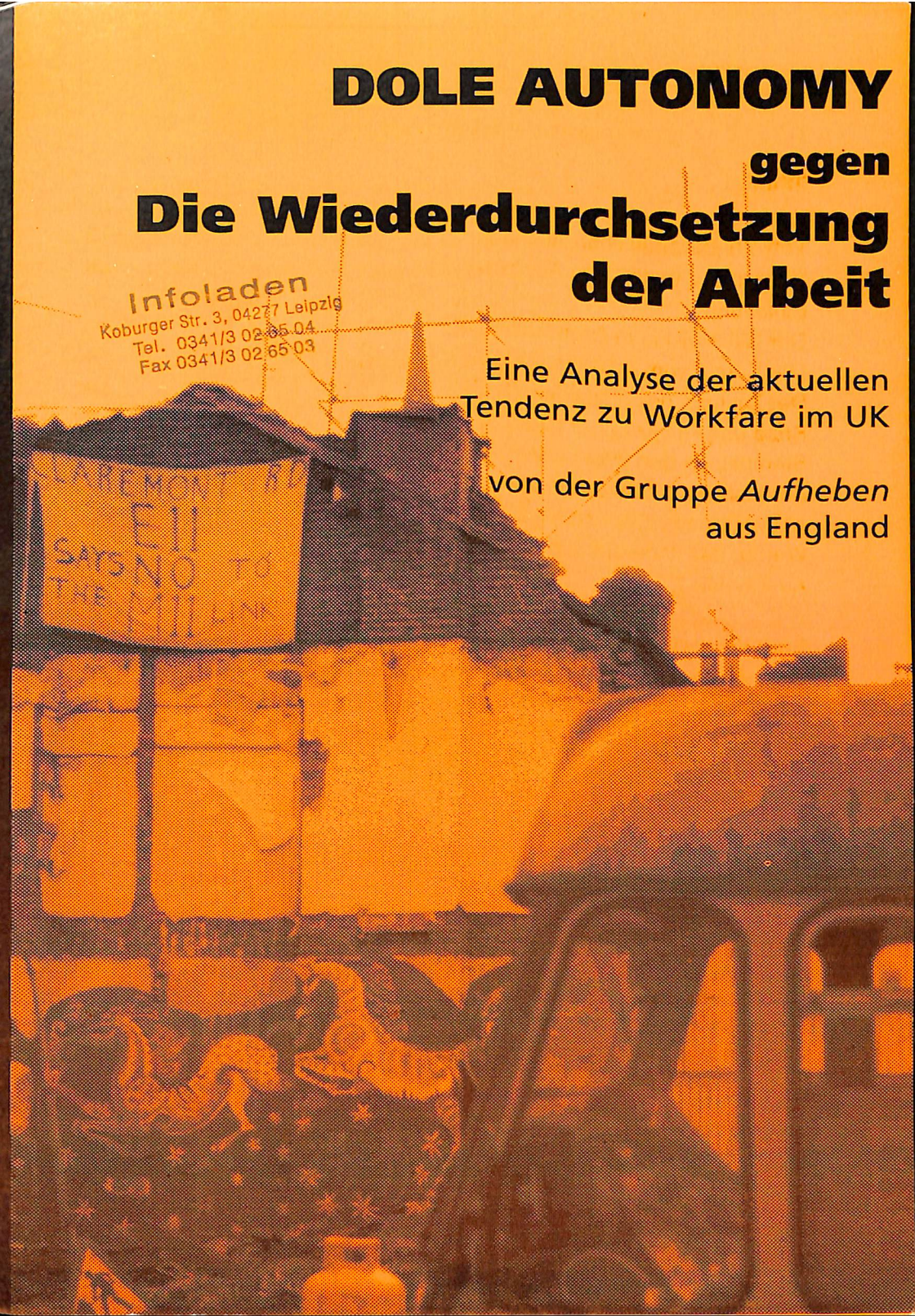
gegen

Die Wiederdurchsetzung der Arbeit

Infoladen
Koburger Str. 3, 04277 Leipzig
Tel. 0341/3 02 65 04
Fax 0341/3 02 65 03

Eine Analyse der aktuellen Tendenz zu Workfare im UK

von der Gruppe *Aufheben* aus England



Inhalt:

Vorwort zur deutschen Ausgabe 3
Vorwort zur englischen Ausgabe 6
Einleitung 7
Der Hintergrund in Großbritannien:
Der Kampf vom Arbeitshaus zum Sozialstaat 9
Der Triumph der Sozialdemokratie 15
Krise und Rückzug der Sozialdemokratie 17
Stempeln in den 90er Jahren: das Ende des
Arbeitslosen-Lebens, wie wir es kennen 24
Aktivitäten der Oppositionskräfte 34
Warum der Widerstand nicht zu einer Bewegung geführt hat 44
Aussichten 51

Englische Originalausgabe:
Dole Autonomy versus the re-imposition of work:
analysis of the current tendency to workfare in the UK
Kontakt: *Aufheben*, PO Box 2971, Brighton BN2 2TT
http://jefferson.village.Virginia.EDU/~spoons/aut_html/auf1edit.htm

Beilage zu Wildcat-Zirkular 48/49 - März 1999.
Einzelverkaufspreis: 5,- DM.

Kontakte:
Sisina, Postfach 360 527, 10975 Berlin - jaa@wildber.aball.de
Shiraz e.V, Postfach 30 12 06, 50782 Köln - wildcat@link-lev.de
Freunde der guten Zeit, c/o Wildcat, Postfach 306 325, 20327 Hamburg
Welt in Umwälzung, c/o Wildcat, Mannheim suba@wildcat.rhein-neckar.de

Wer an der Diskussion teilnehmen will, soll das Zirkular abonnieren.
Einzelexemplar 5 DM, 6 Ausgaben 30 DM. Bestellungen an Sisina, Berlin.
V.i.S.d.P.: P. Müller

Vorwort zur deutschen Ausgabe

Die VerfasserInnen von *dole autonomy* stellen sich eine Frage, die auch viele GenossInnen in Deutschland stellen bzw. gestellt haben: Warum hat es in Frankreich eine Bewegung der Arbeitslosen und Prekären gegeben, und warum gibt es in »unserem« Land keine?

Die Frage ist *so* falsch gestellt - das wissen die AutorInnen inzwischen auch -, denn in Frankreich hat es die breite, militante Bewegung gar nicht gegeben, die uns die Medien vorgegaukelt haben. In der Broschüre vermuten die AutorInnen von *dole autonomy* sogar eine Arbeitslosenbewegung in der BRD. Doch nur auf wenigen Mobilisierungen waren mehr Arbeitslose als Funktionäre von SPD, Gewerkschaften oder der Erwerbslosen-Initiativen.

Die Frage muß also *genauer* gestellt werden: Warum gibt es keine militante Bewegung der Arbeitslosen, wo doch fast die gesamte radikale Linke arbeitslos ist und die Regierung(en) in den letzten Jahren so massive Angriffe auf das Arbeitslosengeld, also das dole, gefahren haben? Das große Verdienst der Broschüre ist, daß sie die Situation »im eigenen Land« daraufhin *untersuchen*: Sie zeigen, warum die Benutzung von Sozialkohle gerade nicht zu Bewegung führt, weil sich das besser im Stillen aushandeln läßt. Sie beschreiben auch die Kämpfe der Angestellten auf den Arbeitsämtern und thematisieren diese als Arbeiterkämpfe.

Die Untersuchung und das radikale Hinterfragen der Aktionen in Britannien – an denen sie selber beteiligt waren und sind – machen die Broschüre nützlich. Und die Fülle der Beispiele von Widerstandsformen könnte vielleicht anregend wirken ...

Dole autonomy ist eine historische Broschüre.

Historisch ist die Hoffnung, die immer wieder durchschimmert, eine Selbstorganisierung der Arbeitslosen *als Arbeitslose* könnte eine Kraft entwickeln, die dem Regime ins Handwerk pfuscht – trotz ihrer klaren Analyse, warum es keine militante Arbeitslosenbewegung in GB gibt. *Erst ganz am Ende* der Broschüre machen sie eine weitergehende Perspektive auf: eine Allianz zwischen Arbeitslosen, Prekären und »festangestellter« Arbeiterklasse, die über das defensive Zusammengehen und die Koalitionen der gegenseitigen Schwäche hinausgehen müßte. Denn bisher bleiben Bewegungen von unten in einem neuen Sozialdemokratismus befangen. Andererseits sprechen sie von einem »Rückzug der Sozialdemokratie«, als Kehrseite des Voranschreitens des »Neoliberalismus«. Aber sozialdemokratische Politik läßt sich nicht über »Inhalte«

wie hohe Löhne, Sozialstaat oder Verstaatlichung definieren. Den Reformismus zeichnet vor allem der Anspruch aus, eine wirtschaftliche und politische Vertretung der Arbeiterklasse zu sein: die Anerkennung »ihrer« Organisationen als Instrumente der Vermittlung, die Schaffung eines Konsens. Die Gewerkschaften blasen Streiks in der Regel ab, bevor sie zu weit gehen und ernstlich etwas in Frage stellen könnten. Wenn Aktionen der Klasse zu weit gehen, hat die Sozialdemokratie noch nie gezögert, auch militärische Mittel gegen die ArbeiterInnen einzusetzen (Noske usw.).

Die Beurteilung der »neuen Sozialdemokratie« von Blair als »neoliberal« geht also am Kern vorbei. Im Begriff Neoliberalismus spielt die Vorstellung von einem »normalen« oder »besseren« Kapitalismus mit. Darum geht es den AutorInnen der Broschüre nicht, aber es bleibt zu fragen, was es uns bringt, eine bestimmte Politik oder Partei als neoliberal zu bezeichnen. Wir müssen die Politik als eine bestimmte Form der Klassenverhältnisse und ihrer Vermittlung durch Parteien und den Staat charakterisieren.

So ist es auch wenig hilfreich, den Keynesianismus als »Abkommen«, »Kompromiß« oder »Deal« zu bezeichnen. Mit diesen Begriffen wird in der Broschüre versucht, die Entwicklungen nach dem 2. Weltkrieg zu beschreiben. Wenn wir aber die Beziehungen zwischen den Klassen als »Abkommen« oder »Kompromiß« fassen, dann verliert der Begriff Klasse seinen Sinn: der entscheidende Unterschied zwischen »Klasse« und »Marktsubjekten« (die Abkommen schließen) ist der antagonistische Charakter des Klassenverhältnisses. Die Arbeiterklasse ist zu jeder Zeit durch Ausbeutung und Herrschaft bestimmt. Dieses Verhältnis wird durch verschiedene Austauschbeziehungen vermittelt – angefangen beim Lohnfetisch, der den Anschein eines gerechten Tausches vermitteln soll. Deswegen müssen die sich verändernden Formen der Vermittlung und der Herrschaft durch die Veränderungen der Ausbeutung entschlüsselt werden. Der »Keynesianismus« sollte gemäß des eigenen Anspruchs angesichts der bedrohlichen Erfahrungen der Weltwirtschaftskrise die Krisenhaftigkeit des Kapitalismus durch staatliche Eingriffe in die Wirtschaft überwinden. Gewöhnlich wird der Begriff heute mit einer Hochlohn-Politik und der Anerkennung der Gewerkschaften nach dem Zweiten Weltkrieg in Verbindung gebracht. Keynes' Theorie befaßt sich allerdings lediglich mit der *Nachfrage als solcher*. Ob da Geld aus dem Flugzeug geworfen wird oder Bomben, spielt im Prinzip keine Geige, und tatsächlich besteht die präziseste Anwendung keynesianischer Wirtschaftstheorie im Kriegführen. Zudem ist diese Theorie der »Nachfragesteuerung« bei näherem Hinsehen nicht zu halten. Nicht die

Nachfrage der Konsumenten und die Investitionen im öffentlichen Sektor führten zum Nachkriegsboom, sondern private Investitionen, gefördert durch einen ausgeglichenen Staatshaushalt (eben nicht »Deficit Spending«) und vor allem gefördert durch die Erwartung hoher Profite. Gerade das westdeutsche »Wirtschaftswunder« beruhte auf der Unterdrückung der sozialen Unruhen nach dem Krieg und Niedriglöhnen.

Auch in der anderen zeitlichen Richtung kann die Broschüre »historisch« sein: als Blick in die Zukunft sozialdemokratischer workfare-Programme in der BRD, als politische Orientierung, welche Fehler wir nicht (nochmal) zu machen brauchen.

Historisch ist die Broschüre schließlich auch für uns. Die hier kurz angerissenen Vorstellungen können wir nur anführen, da die kritisierte Einschätzung des Keynesianismus bis vor kurzem auch unsere war; wir haben uns erst in letzter Zeit eine genauere Einschätzung erarbeitet (siehe zum Beispiel Zirkular 24: »Der Kapitalismus ist keine Marktwirtschaft«). Es geht nicht um die »bessere« Theorie, sondern um das gemeinsame Bemühen, die Suche nach einer revolutionären Perspektive.

In diesem Sinne!

Die Broschüre ist nur ein Jahr alt, aber in diesem Jahr ist gerade an dieser Front viel passiert. Deshalb wird »dole autonomy« im Frühsommer als eigenständige Broschüre erscheinen. Sie wird dann auch vollständig sein (Anhang zu den USA) und ein aktuelles Vorwort der AutorInnen erhalten.

Bestellungen könnt Ihr schicken an:

sowot
c/o Buchhandlung Jos Fritz
Wilhelmstr. 15
79098 Freiburg

Vorwort der englischen Ausgabe

1998 gab es in einigen EU-Ländern Aktionen von Arbeitslosen. UnterstützungsempfängerInnen gingen auf die Straße und besetzten in Städten in ganz Frankreich, Deutschland und Spanien die Arbeitsämter. Die französischen Arbeitslosen haben dabei die Richtung vorgegeben. Ihre Demonstrationen und Besetzungen, an denen Tausende von Menschen beteiligt waren, setzten Zugeständnisse von der Regierung Jospin durch: 100 Millionen Pfund Notfallhilfe für die dringendsten Fälle. Das ist nicht genug – natürlich kann es nie genug sein. Die Bewegung mit ihren Besetzungen geht weiter und zeigt ... was möglich *wäre*.

Was meinen wir mit »Dole Autonomy« [»dole« ist ursprünglich »Almosen«; wörtlich: Arbeitslosenunterstützungs-Autonomie]? Wir beziehen uns damit auf eine Tendenz, die Anfang der achtziger Jahre aufkam, als die Stärke der britischen Arbeiterklasse durch die Massenarbeitslosigkeit geschwächt war. Während der »Vollbeschäftigung« war »Dole Autonomy« möglich, aber relativ unnötig gewesen; die Verfügbarkeit von anständig bezahlten Jobs machte Arbeit für die meisten Menschen attraktiver als Arbeitslosenunterstützung [dole]. Mit der Massenarbeitslosigkeit jedoch wurde die »Dole Autonomy« für viele zur Notwendigkeit, und der Angriff des Kapitals wurde gegen es selbst gewendet. Beverages System der Arbeitslosenversicherung war nur auf die kurzen Zeiten ausgerichtet, in denen ArbeiterInnen zeitweise ohne Beschäftigung, aber schon auf dem Sprung in ein neues Arbeitsverhältnis waren. Wie die herrschende Klasse und ihre Ideologen beklagen, ist die Arbeitslosigkeit für viele von uns aber inzwischen eine Alternative zur endlosen Monotonie der Arbeit geworden – ein Raum für die Schaffung einer Vielzahl von Projekten, von denen einige dazu dienen, die Hand, die uns füttert, zu beißen.

Der Text wurde für das demnächst erscheinende, von Franco Barchiesi und Steve Wright herausgegebene Buch *The Planetary Work Machine: Explorations in Global Capital, Subjectivity and Resistance* geschrieben. Er erscheint jetzt als Broschüre, weil er als Beitrag zum gegenwärtigen Kampf um die Arbeitslosenunterstützung gedacht ist. Wir sind an diesem Kampf beteiligt und wollen die »Dole Autonomy« verteidigen. Nicht, weil es uns um einen gerechteren Gesellschaftsvertrag zwischen Kapital und Arbeit geht, sondern weil die Zerstörung des Kapitalverhältnisses und damit das Ende der Unterscheidung zwischen Arbeit/Plackerei und Müßiggang/Armut nur mit der antagonistischen Verwirklichung unserer unmittelbaren, alltäglichen Bedürfnisse beginnen kann.

1. Einleitung

Dem weltweiten Voranschreiten des »Neoliberalismus« ist in Großbritannien durch die kürzlich erfolgte Wahl von New Labour frischer Auftrieb verliehen worden. Unter Blairs Führung hat sich die Labour Party von ihrem traditionellen Bekenntnis zur Sozialdemokratie abgewendet und sich vollends dem neoliberalen Projekt verschrieben, für das ursprünglich Margaret Thatcher stand. Allerdings sah sich Thatcher genötigt, den auf der Grundlage des sozialdemokratischen Abkommens nach dem zweiten Weltkrieg geschaffenen sozialen Konsens anzugreifen. Blair dagegen versucht, um die anhaltenden Angriffe auf Löhne, Arbeitsbedingungen und Sozialstaat, die auf der neoliberalen Tagesordnung stehen, herum einen neuen nationalen Konsens zu schaffen.

Blairs Regierung weiß, daß es nicht mehr reicht, einfach die Disziplin des Geldes durchzusetzen. Um konservative Moral-und Familienvorstellungen aufrechtzuerhalten, muß das neoliberale Projekt jenseits bloßer Parteitagsrhetorik durch direkte sozialpolitische Eingriffe flankiert werden, auch wenn dies mit erhöhten Ausgaben verbunden ist. Dies ist besonders deutlich durch New Labours »Welfare to Work«-Programm [etwa: »Hilfe zur Arbeit«] zu Tage getreten.

In den ersten Jahren des Thatcherismus ging es vor allem darum, durch die Massenarbeitslosigkeit die Macht der organisierten Arbeiterklasse zu untergraben. Damals – besonders nach den flächendeckenden Riots von 1981 – war es in Großbritannien nicht möglich, einen Großangriff auf das Sozialsystem zu starten, ohne einen Konflikt zu riskieren, der sich nicht mehr hätte eindämmen lassen. Andererseits trieb die Schaffung der Massenarbeitslosigkeit den Sozialhaushalt steil in die Höhe. Nach der Niederlage der Bergarbeiter 1985 wurden wiederholt Anstrengungen unternommen, den Sozialstaat zu »reformieren« und die Sozialausgaben zu kürzen.

Der konzertierteste Versuch der konservativen Regierung, den Sozialstaat umzubauen, war vielleicht die Einführung der Jobseeker's Allowance (JSA) [Zuschuß für Arbeitssuchende] 1996. Mit der JSA wurden die Bedingungen für den Leistungsbezug enorm verschärft, was dazu führte, daß in den Monaten nach der Einführung der JSA die Arbeitslosenzahlen stark zurückgingen. Außerdem machten die Sanktionen und Einschränkungen durch die JSA den Weg für die Einführung von Workfare [Zwangsarbeit] frei.

Die konservative Regierung führte in mehreren Regionen als Pilotprojekt ein völlig unterfinanziertes Workfare-Programm für Langzeitarbeitslose namens »Project Work« ein. Wie auch die Regierung zugeben

mußte, wurden die Maßnahmen hauptsächlich eingeführt, um nebenbei schwarzarbeitende UnterstützungsempfängerInnen auszusieben und dadurch Geld zu sparen. New Labours »Welfare to Work«-Programm dagegen ist Teil eines Kreuzzugs, mit dem die Arbeitsmoral wieder durchgesetzt werden soll; das Kernstück ihrer Politik, mit dem sie die Prinzipien des Sozialstaates selbst »reformieren« wollen. So ist es auch finanziell wesentlich besser ausgestattet als das alte Programm der Konservativen. Extra zu diesem Zweck wurde eine Monopolsteuer in Höhe von 3,5 Mrd. Pfund auf die privatisierten Versorgungsbetriebe erhoben. Die zugrundeliegende neoliberale Logik ist dennoch die gleiche: durch eine Umstrukturierung des Sozialsystems soll die Arbeit wieder durchgesetzt werden.

Aber auch wenn hinter der Einführung der JSA und der darauffolgenden Workfare-Programme in erster Linie das »Kostenargument« stand, jedenfalls im Kopf der verantwortlichen Minister, ging es bei solchen Maßnahmen doch um weit mehr als um die Einsparung von Geldern im Sozialhaushalt. Wenn man Leute zum Arbeiten zwang, würden unvermeidlich die Löhne gesenkt werden und die ArbeiterInnen hätten weniger Spielraum, um bessere Bedingungen durchzusetzen. Insgesamt ging es also darum, das Kräfteverhältnis weiter zugunsten des Kapitals zu verschieben und damit Kapital nach Großbritannien zu lokken, das ansonsten in anderen Ländern investiert worden wäre, wo die Arbeit billiger oder williger ist. Genauso ist auch das »Welfare to Work«-Programm nicht nur ein Angriff auf die Bedingungen der Arbeitslosen, sondern durch die Verdrängungseffekte auf dem Arbeitsmarkt, die es unweigerlich auslösen wird, auch ein Angriff auf das Lohnniveau.

Diese Argumente gegen den momentanen Angriff auf die Sozialleistungen leuchten vielen aus der Arbeiterklasse ein, denn in den 90er Jahren haben viele, die arbeiten, Erfahrungen mit unsicheren Jobs, Zeitverträgen usw. gemacht und viele, die Unterstützung kassieren, kennen die Drohung mit Schwitzbudenjobs. Trotz der Steuerzahler-gegen-Schmarotzer-Ideologie, die aus der proletarischen Erfahrung, Steuern für den Sozialstaat zahlen zu müssen, entspringt und ständig in den Massenmedien verbreitet wird, haben die jüngsten Angriffe auf die Sozialleistungen schön gezeigt, daß die Arbeitslosen und die Arbeitenden dieselben Interessen haben: Die Weigerung der UnterstützungsempfängerInnen, schlecht bezahlte Jobs zu miesen Bedingungen anzunehmen, zwingt die Arbeitgeber dazu, bessere Bedingungen anzubieten, und schützt so die Löhne und Arbeitsbedingungen der Arbeitenden, indem der Druck nach oben auf den Preis der Arbeitskraft aufrechterhalten wird.

In der Praxis gibt es aber heute kaum eine Arbeitslosenbewegung in Großbritannien, geschweige denn eine Einheit von Arbeitslosen und Arbeitenden. Im Gegensatz dazu gab es in den 20er und 30er Jahren oft erfolgreiche Aktionen einer Arbeitslosen-Massenbewegung in Großbritannien. Obwohl die Bewegung weitgehend autonom vom Gewerkschaftsdachverband TUC war, hatte sie doch starke Verbindungen zur organisierten Arbeiterschaft. Heute gibt es keine Arbeitslosenbewegung, obwohl ziemlich viele Leute, die von Unterstützung leben, in den letzten Jahren anti-institutionell politisch aktiv waren; tatsächlich ist die Arbeitslosenunterstützung die Grundlage für eine Reihe der lebendigsten auf direkte Aktionen orientierten Bewegungen. Die Energien der natürlichen GegnerInnen der Angriffe auf die Sozialleistungen (d.h. der unmittelbar Betroffenen, nämlich der Arbeitslosen und der politisch Aktiven) werden zur Zeit in andere Richtungen kanalisiert. Wenn heute in Großbritannien Workfare eingeführt wird, dann nicht, weil die Arbeitslosen »alles mit sich machen lassen«, sondern weil – und das ist in unseren Augen ein Fehler – ein potentiell mächtiger Widerstand lieber um andere Themen kämpft oder nach individuellen Lösungen sucht, statt die Bedingungen zu verteidigen, die einige ihrer Kampagnen und Aktivitäten erst möglich machen.

Wir schätzen die gegenwärtige Situation wie folgt ein: Die Tendenz zur Einführung von Workfare als Teil des Umgangs mit dem »Sozialstaatsproblem« in Großbritannien ist ein politisch-ökonomischer Ausdruck des gegenwärtigen *Rückzugs der Sozialdemokratie* (d.h. die Kehrseite der Medaille des Voranschreitens des »Neoliberalismus«). Diese Tendenz zu Sozialkürzungen und Workfare war seit dem Nachkriegsabkommen noch nie so stark wie heute. Die gegenwärtige Neigung zu Workfare ist der logische Ausdruck der Tatsache, daß das Kapital gegenwärtig gezwungen ist, dieses Abkommen neu zu verhandeln: die Sozialleistungen einzuschränken und die Löhne durch Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt zu senken. Der Angriff auf die etablierte Autonomie des Lebens von der Stütze ist ein wesentlicher Teil dieser Neuverhandlungen.

2. Der Hintergrund in Großbritannien: Der Kampf vom Arbeitshaus zum Sozialstaat

Die wesentliche Vorbedingung für den Kapitalismus ist, daß die direkten ProduzentInnen ihrer Produktionsmittel enteignet werden. Die direkten ProduzentInnen müssen in eine Lage gebracht werden, in der sie außer ihrer Arbeitskraft nichts zu verkaufen haben und in der sie ihren Lebens-

unterhalt in erster Linie aus Lohnarbeit bestreiten. Da aber für das Kapital keine Verpflichtung besteht, alle zum Verkauf angebotene Arbeitskraft zu kaufen, gibt es auch keine Garantie, daß alle direkten ProduzentInnen in der Lage sein werden, über die Lohnarbeit Zugang zu ihren Subsistenzmitteln zu erhalten. Dies hat dazu geführt, daß der Kapitalismus seit seinen Anfangszeiten mit der Existenz einer beträchlichen Zahl von Menschen ohne Subsistenzmittel konfrontiert war.

Schon im 16. Jahrhundert schufen die Einhegungen, die Tausende von Bauern vom Land vertrieben, eine Unmenge von Menschen, die keine andere Einkommensquelle als Betteln, Diebstahl oder Räuberei[1] hatten und ständig drohten, sich zu einem »Mob« zu vereinigen, der eine ernsthafte Gefahr für die Gesellschaftsordnung darstellte. Gegen diese Bedrohung wurden unter der Herrschaft Elisabeths I. die ersten Poor Laws [Armengesetze] erlassen. Vermittelt durch die lokale Verwaltung der Armenunterstützung sollten die Poor Laws die Armen und Arbeitslosen in ihrer jeweiligen Gemeinde, wo der örtliche Adel sie zweifellos persönlich kannte, reglementieren und einsperren und sie so daran hindern, Banden von frei umherschweifenden Gesetzlosen zu bilden.

Mit der Entstehung des Industriekapitalismus im 19. Jahrhundert und dem Bedarf an riesigen Konzentrationen von LohnarbeiterInnen in den neuen Industriestädten wurden die alten Poor Laws, die die Gesellschaftsordnung hatten aufrechterhalten sollen, indem sie die Bewegung der Armen verhinderten, hinfällig. Um die Armen in die Spinnereien, Fabriken und Bergwerke zu treiben, sollte das neue Poor Law von 1834 die Arbeitslosigkeit so unangenehm wie möglich machen, indem es alle ohne richtige Jobs zur Arbeit zwang. Die Idee war, die Arbeitsfähigen aber Pauperisierten in Arbeitshäuser – d.h. praktisch Gefängnisse – zu pferchen, wo sie zum Arbeiten gezwungen wurden. Dann erkannte man aber, daß das Arbeitshaus als Lösung für alle arbeitsfähigen Pauper zu teuer war, und daß es nicht immer genügend Arbeit für alle Insassen gab; vielmehr diente die bloße Existenz der Arbeitshäuser als Abschreckung der ganzen Proletenschicht, damit diese keine Unterstützung forderte.

Aber obwohl das Kapital schon lange gezwungen ist, die Arbeitslosigkeit unattraktiv zu machen (da sonst nur wenige Leute irgendeine Motivation zum Arbeiten hätten), war es um seine Macht, das Leben von

---

1) »Sie müssen erst *gezwungen* werden, zu den vom Kapital gesetzten Bedingungen zu arbeiten. Der Eigentumslose ist mehr geneigt, Vagabund und Räuber und Bettler als Arbeiter zu werden.« Aus Marx' Bemerkungen zu Pauperismus und Kapital im 16. Jahrhundert, MEW 42 (Grundrisse), S. 631; engl.: S. 736 (Penguin-Ausgabe 1973)

der Stütze nach Belieben zu gestalten, in den letzten 150 Jahren sehr unterschiedlich bestellt. Der Widerstand gegen das Poor Law von 1834 etwa war so stark, daß es nicht vor 1870, als es zentraler organisiert wurde, voll umgesetzt wurde. Damals erkannten die weiter vorausschauenden Mitglieder der Bourgeoisie, daß das Poor Law zur Entstehung einer geeinteren Arbeiterklasse führte, die nicht nur das Arbeitshaus, sondern die gesamte Gesellschaft ablehnte. Folglich wurde es durch eine weniger repressive Version ersetzt.

Die am besten dokumentierten und vielleicht wichtigsten Kämpfe der Arbeitslosen entwickelten sich in den 20er und 30er Jahren dieses Jahrhunderts im Umfeld des National Unemployed Workers' Movement (NUWM)[2]. Man könnte sagen, daß das NUWM die Verlängerung der militanten Shop-Stewards- [etwa: Vertrauensleute-] Bewegung zwischen 1914 und 1918 war. Diese Bewegung hatte trotz der Vereinbarung zwischen dem TUC und der Regierung über einen Waffenstillstand im Klassenkrieg für die Dauer des 1. Weltkrieges erfolgreich das Recht der Betriebsführung bestritten, einseitig über die Angelegenheiten der Produktion zu entscheiden. Mit dem Anstieg der Arbeitslosigkeit nach dem Krieg gehörten die militanten Shop Stewards zu den ersten, die ihren Job verloren. Den Kern des NUWM bildeten ehemalige Shop Stewards und arbeitslose ehemalige Soldaten.

Wie der Name schon andeutet, verstanden sich die am NUWM Beteiligten selbst als »ArbeiterInnen«; und tatsächlich lautete ihre grundle-

---

2) Packende Berichte aus erster Hand über die Aktivitäten des NUWM finden sich bei:
Wal Hannington: *Unemployed Struggles 1919-1936: My Life und Struggles Amongst the Unemployed*, Wakefield: EP Publishing 1936;
Ernie Trory: *Between the Wars: Recollections of a Communist Organizer*, Brighton: Crabtree Press 1974;
I. MacDougall: *Voices from the Hunger Marches*, Edinburgh: Polygon 1990.
Eine akademische Übersicht der Bewegung findet sich bei:
Richard Croucher: *We Refuse to Starve in Silence: A History of the National Unemployed Workers' Movement, 1920-1946*, London: Lawrence & Wishart 1987;
Paul Bagguley: *From Protest to Acquiescence? Political movements of the Unemployed*, Basingstoke: Macmillan 1991.
Natürlich ließe sich behaupten, daß erst durch die Einführung der Sozialversicherung mit dem National Insurance Act 1911 die Kategorie der »Arbeitslosen« als solche durch den Staat konstituiert wurde. Kämpfe der Arbeitslosen *als* Arbeitslose, waren folglich in gewissem Sinne schon Ausdruck der formalen Anerkennung der Bedürfnisse der Arbeiterklasse innerhalb des Staates. Siehe G. Kay & J. Mott: *Political Order and the Law of Labour*, London: Macmillan, und »The leopard in the 20th century«, in: *Radical Chains* 4. Siehe auch unsere Kritik an Radical Chains' Analyse der Beziehung zwischen dem Poor Law von 1834 und der Entwicklung des Kapitals in: *Aufheben* 4 (Sommer 1995).

gende Forderung auch »Arbeit oder voller Unterhalt«. Das NUWM unterstützte auch streikende ArbeiterInnen, um den Preis der Arbeitskraft aufrechtzuerhalten.[3] Im Verhältnis zu der Forderung nach »vollem Unterhalt« wurde das bestehende Unterhaltsniveau als unannehmbar betrachtet. Außerdem hatten es die Arbeitslosen mit einer Reihe von Angriffen auf die Arbeitslosenunterstützung zu tun. Das NUWM brachte eine Anzahl von Kampagnen ins Rollen, die sowohl die Kürzungen verhindern als auch die bestehenden Bedingungen verbessern sollten. Die erste Kampagne des NUWM richtete sich gegen das »Task Work«-System, nach dem diejenigen, die »Outdoor Relief«, d.h. Unterstützung in Form von Geldleistungen außerhalb des Arbeitshauses erhielten, dafür arbeiten mußten.

Heute ist die Arbeitslosenbewegung der 20er und 30er Jahre berühmt für ihre spektakuläreren Protestformen wie z.B. die nationalen Hungermärsche. Diese Massenmärsche galten eindeutig als Bedrohung der öffentlichen Ordnung und waren oft Anlaß für gewalttätige Auseinandersetzungen mit den Bullen. Genau diese Art von Bedrohung zwang dann in den 20er Jahren die Regierung, das System der Arbeitslosenversicherung auszuweiten. Trotz des landesweiten Charakters der Bewegung hatte das NUWM jedoch seine meisten Erfolge mit lokalen Agitationen, durch die Zugeständnisse seitens der örtlichen Unterstützungsverwaltung erzwungen wurden. In Coventry gab es in den 20er Jahren z.B. täglich Demonstrationen mit etwa 4 500 TeilnehmerInnen gegen die örtlichen Poor-Law-Verwalter, die über die Unterstützung und ihre Höhe entschieden. Viele dieser lokalen Auseinandersetzungen, besonders in London, wo die Bewegung am stärksten war, führten auch zu Straßenschlachten mit der Polizei.

1931 wurde die Arbeitslosenunterstützung neu gestaffelt, was im Ergebnis zu Kürzungen für die Arbeitslosen und ihre Angehörigen führte. Es folgten lokale und landesweite Massendemonstrationen in ganz Großbritannien. 1932 endete ein Massenmarsch aus verschiedenen Städten aus Großbritannien, der sich in London vereinigte, in einer Randale gegen die Polizei im Hyde Park. Die Aktionen gingen die ganzen 30er Jahre hindurch weiter, obwohl es hinsichtlich der Stärke der Bewegung beträchtliche regionale Unterschiede gab und London die Hochburg blieb. So nahmen am Wochenende des 2./3. Februar 1935 rund 300 000 Menschen an einer Demonstration in Südwales teil, und 30 000 Men-

---

3) So war das NUWM z.B. stark am Maschinenbauerstreik 1922 beteiligt und sah es als sein wichtigstes Ziel, die Rekrutierung von Arbeitslosen als Streikbrecher zu verhindern.

schen randalierten am 6. Februar 1935 in Sheffield. Diese Aktionen zwangen die Regierung dazu, den zweiten Teil des Unemployment Bill [Gesetzentwurf zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit], der vorsah, die Arbeitslosenunterstützung zusammenzukürzen und alle AntragstellerInnen zwangsweise einer »Ausbildung« zu unterziehen und in »Social Service Centres« für die Unterstützung arbeiten zu lassen, eilig zurückzuziehen. Ende der 30er Jahre nahmen die Aktionen der Bewegung unterschiedliche Formen an. Statt der traditionellen Hungermärsche besetzten Mitglieder des NUWM Arbeitsämter und das Ritz-Restaurant, wo sie Essen verlangten.

Es wird geschätzt, daß etwa zehn Prozent der Arbeitslosen sich am NUWM beteiligten; ungefähr eine Million Menschen waren irgendwann mal dabei. Bei den großangelegten Protesten wurden Hunderttausende mobilisiert. Heutige Unterstützer halten das Ende des willkürlichen Systems der Poor-Law-Verwaltung und den eigentlichen Beginn des Sozialstaats und der Vollbeschäftigungspolitik der 40er und 50er Jahre für den Verdienst der Arbeitslosenbewegung.[4]

Ob das NUWM nun wirklich all diese Veränderungen sich selbst zuschreiben kann oder nicht, sei dahingestellt. Es läßt sich jedenfalls nicht leugnen, daß das Proletariat trotz einer Reihe von Niederlagen (besonders der Aussperrung der Maschinenbauer 1922 und des Generalstreiks von 1926) für die herrschende Klasse die gesamte Zwischenkriegszeit hindurch eine ständige Bedrohung blieb. Aus der Angst heraus, daß die Arbeiterklasse ihre gestärkte Position nach dem Ende des 2. Weltkrieges dazu nutzen würde, eine ähnliche revolutionäre Welle wie nach dem 1. Weltkrieg auszulösen, hatte die herrschenden Klasse kaum eine andere Wahl, als die Arbeiterklasse durch das sozialdemokratische Nachkriegsabkommen in Staat und Kapital zu integrieren. Natürlich hatte die britische Bourgeoisie anders als viele Bourgeoisien auf dem Kontinent nicht den Faschismus gebraucht, um die Arbeiterbewegung zu zerschlagen, bevor sie deren Repräsentation in Staat und Kapital zulassen konnte. Der außergewöhnliche Konservatismus der Führung der englischen Arbeiterbewegung hatte diese bereits willfährig für die Klassenkollaboration gemacht.[5]

---

4) Croucher, a.a.O.

5) Der infamste Ausdruck dieser Kollaboration und des Konservatismus war der Generalstreik 1926, als die TUC-Führung schon nach ein paar Tagen das offiziellen Streikende ausrief, obwohl es für den Streik an der Basis überwältigende Unterstützung gab.

Da das NUWM von der Kommunistischen Partei Großbritanniens (CPGB) dominiert war, verstand es sich eindeutig als Teil der Arbeiterbewegung und versuchte als solcher, »anständige« sozialdemokratische Forderungen zu stellen. Doch die Führung der offiziellen Arbeiterbewegung weigerte sich, das NUWM anzuerkennen. Insofern war das NUWM zwar vom TUC unabhängig und benutzte Taktiken der Direkten Aktion, dies aber nicht freiwillig, sondern weil der TUC es ablehnte.[6] So könnte man sagen, daß das NUWM trotz seiner eher sozialdemokratischen Orientierung dazu gezwungen wurde, sich zu radikalisieren.

Mit der Durchsetzung des sozialdemokratischen Nachkriegsabkommens waren die Ziele des NUWM, nämlich »Arbeit oder voller Unterhalt«, erreicht. Die Arbeiterklasse sollte sich zur Ausbeutung durch das Kapital bereithalten, und im Gegenzug sollte der Staat garantieren, daß

---

6) In den ersten Jahren waren die Beziehungen des NUWM zum TUC wechselhaft, aber nach 1927 ging es dann steil und endgültig mit ihnen bergab, denn der TUC unterstützte den Blanesburgh Report, der als der wichtigste Angriff auf die Arbeitslosen in den ganzen 20er Jahren galt. Ohnehin distanzierten sich TUC und Labour Party nach dem Generalstreik von 1926 vom NUWM. Vorher hatte der TUC die Linie gefahren, gemeinsame Komitees mit der Arbeitslosenbewegung zu bilden, um auf diese Einfluß nehmen zu können, ohne sich auf etwas Bestimmtes festlegen zu müssen. Der TUC war gezwungen, die unabhängige Kraft der Arbeitslosen anzuerkennen, nachdem seine Strategie, die Arbeitslosen einfach dazu zu bewegen, in die Gewerkschaften ihrer früheren Berufe einzutreten, sich als Flop entpuppte. Viele der Arbeitslosen waren direkt von der Schule zum Militär gegangen und hatten keinen Beruf. Auch versuchten TUC und Labour Party, eine eigene Organisation gegen das von der CPGB dominierte NUWM aufzubauen.
Genau zu dieser Frage nach möglichen »Rivalen« ist es wichtig festzuhalten, daß das NUWM keineswegs der alleinige organisierte Ausdruck der autonomen Arbeitslosenbewegung während dieser Zeit war. Ein ernsthafter Konkurrent für das NUWM war in den frühen 20ern eine Gruppe mit einem echten kommunistischen Programm, die mit Sylvia Pankhurst zusammenhing. Schon 1923 behauptete Pankhurst, daß ihre Gruppe in London genauso groß war wie das NUWM. Pankhursts praktische Ratschläge, wie die Arbeitslosen Bullen von ihren Pferden runterholen könnten, kamen im East End gut an, und die Gruppe war besonders in der Einbeziehung von Frauen erfolgreich. Pankhurst griff die Grundforderung des NUWM nach »Arbeit oder vollem Unterhalt« an und forderte stattdessen die Abschaffung der Lohnarbeit. Diese echte kommunistische Strömung wurde isoliert, nachdem Lenin erkannt hatte, daß sie zu den »Linksradikalen« gehörte; die CPGB-Gestalten machten dann das Rennen bei der Gründung einer wirklich nationalen Arbeitslosenbewegung. Ein springender Punkt bei alldem ist aber, daß die Aktionen des NUWM, obwohl es sozialdemokratische Forderungen aufstellte, weit über den für die Sozialdemokratie typischen bloßen Austausch von Pflichten und Rechten hinausging und sich in der Praxis nicht allzu sehr von der Gruppe um Pankhurst unterschied: NUWM-Mitglieder besetzten Häuser, um sich Versammlungsräume zu verschaffen, brachen in Arbeitshäuser ein, um Lebensmittel zu stehlen, gingen kaum einer Auseinandersetzung mit den Bullen aus dem Weg, besetzten Fabriken, um Überstunden zu verhindern, usw. usf.

der Arbeiterklasse ausreichend hohe Löhne oder Sozialleistungen bezahlt wurden, um ihre Arbeitskraft zu reproduzieren.

3. Der Triumph der Sozialdemokratie

3.1 Das Nachkriegsabkommen

Der britische Wohlfahrtsstaat stellt einen entscheidenden Klassenkompromiß dar. Druck seitens Arbeiterklasse und die Angst der herrschenden Klasse vor der Revolution sorgten für die Einrichtung umfassender und einschließender Sozialleistungen. Die Arbeiterklasse gab letztlich ihren Anspruch auf Revolution oder auf weitergehende radikale soziale Veränderungen auf und erhielt im Gegenzug dafür Sozialleistungen, Vollbeschäftigung, steigende Reallöhne und die Vertretung innerhalb des Staates und des Kapitals (d.h. Labour-Regierungen, Korporatismus, trilaterale Organisationen, gewerkschaftliche Rechte und deren Anerkennung usw.). Die keynesianische Nachfragepolitik stellte die Anerkennung der Tatsache dar, daß man die Bedürfnisse der Arbeiterklasse nicht mehr ignorieren konnte, sondern diese anpassen und als Motor der Kapitalakkumulation zügeln mußte. So machte die Schuldenfinanzierung steigende Reallöhne und staatliche Sozialausgaben möglich, die mit den Gewinnen aus der zukünftigen Ausbeutung zurückgezahlt werden sollten. Angesichts der »Vollbeschäftigung« waren die Leute meist nur kurze Zeit arbeitslos, und die Arbeitslosenunterstützung war nur für die wenigen Wochen gedacht, in denen die Leute sich einen neuen Job suchten. Durch die relativ niedrige Zahl an Arbeitslosen waren die Kosten der Arbeitslosenunterstützung begrenzt und konnten leicht aus Transfers der Gesamtarbeiterklasse in Form von Sozialversicherungsbeiträgen oder allgemeinen Steuern bezahlt werden.

3.2. Auswirkungen auf die Formen des Kampfes

Die Sozialdemokratie als politische und ökonomische Vertretung und Integration der Arbeit in das Kapital und den bürgerlichen Staat spielte bei der Errichtung des Nachkriegsabkommens eine zentrale Rolle. Der Triumph der Sozialdemokratie hatte deshalb Folgen für das Wesen der antagonistischen Aktion des Proletariats. Mit Hilfe von Vertretung und Sozialleistungen wurden die Form und die Intensität des Klassenkampfes gemildert.

Kämpfe und Verhandlungen wurden institutionalisiert. Die zentrale Rolle der Gewerkschaften im Kapital wie auch im Staat wurde voll anerkannt. Durch die Durchsetzung von steigenden Löhnen gegen die Einzelkapitale sicherten die Gewerkschaften die wachsende effektive Nachfrage, die im Rahmen der nach dem 2. Weltkrieg durchgesetzten fordistischen Akkumulationsweise notwendig für die allgemeine Kapitalakkumulation war. Gleichzeitig wurde die gegenseitige Hilfe in den proletarischen Gemeinschaften durch die bürokratische Verwaltung der Wohlfahrt verdrängt, wodurch die Arbeitslosen atomisiert und von den Arbeitenden getrennt wurden.

Die Durchsetzung eines umfassenden Sozialstaates bedeutete auch, daß es nicht mehr um so viel ging: Wer entlassen wurde, mußte nicht mehr verhungern. Die zunehmende Abkopplung materieller Alltagsfragen von radikaler und revolutionärer Politik schuf eine Spaltung zwischen den »Idealen« einer freien Gesellschaft und weltlichen Dingen wie dem Lohnniveau, die in der alten Arbeiterbewegung als untrennbar miteinander verbunden gegolten hatten. Die Fragen, die die Debatte über Kampfformen in der proletarischen Bewegung prägten, wurden somit hinfällig. »Reformen« gehörten nun zur Konsenspolitik; und so war auch Kautskys Vorstellung, daß reformistische Kämpfe der Revolution den Weg ebnen würden (indem sie »die Klasse erziehen« würden), und das bisher so wichtige Spannungsverhältnis zwischen »Maximal-« und »Minimalprogrammen« nicht mehr wichtig. Der Triumph der Sozialdemokratie bedeutete daher das Ende der für die 20er und 30er Jahre charakteristischen Form von Massenparteien. Die CPGB und die Independent Labour Party verloren daher allmählich ihre Stellung als »natürliche« Heimat von Radikalen und Revolutionären und verloren nach und nach Mitglieder und politische Bedeutung.

Die Institutionalisierung des Reformismus bedeutete eine Fragmentierung des Antagonismus. Kämpfe für materielle Tagesforderungen wie höhere Löhne spielten sich innerhalb der Institutionen des Konsens ab. Die Sehnsucht nach einer völlig neuen Art von Welt suchte sich daher neue Ausdrucksformen. Dazu gehörten auch »kulturelle« Formen: Beatniks, Hippies und andere »Alternative« drückten auf unterschiedliche Weise eine meist utopische Kritik an Staat und Kapital aus. In ihren besten Momenten stellten diese Bewegungen tatsächlich die Warenform in Frage, so z.B. die Hausbesetzerbewegung als direkter Angriff auf das Privateigentum. Aber da die Identitäten, die diese »kulturellen« Bewegungen boten, sich stark von denen der alten Arbeiterbewegung unterschieden, sahen die Leute aus diesen Bewegungen meist nicht, inwiefern das Gegenteil des Kapitals ein »Produkt« des Kapitals selbst sein könnte,

d.h. inwiefern die revolutionäre Bewegung auf den zentralen Widersprüchen der Lohnarbeit als dem Wesen des Kapitals beruht. Sie hatten kaum ein Gespür dafür, daß sie und der Rest der Arbeiterklasse ein gemeinsames Verhältnis hatten, nämlich ihren gemeinsamen Antagonismus gegenüber dem Kapital. Und sie wußten nicht, wie sie ihre Ansprüche auf »Freiheit« verwirklichen sollten, außer indem sie ausstiegen, in Kommunen lebten usw..

4. Krise und Rückzug der Sozialdemokratie

4.1 Der Aufschwung der Kämpfe Ende der 60er Jahre

Das Nachkriegsabkommen hatte für den relativen sozialen Frieden gesorgt, auf dessen Grundlage sich der Wirtschaftsboom nach dem Krieg entwickeln konnte. Aber mit dem Beginn der Krise der Kapitalakkumulation und dem Aufschwung der Klassenkämpfe in Europa und den USA Ende der 60er Jahre wurden die Bedingungen des Nachkriegsabkommens eine zunehmende Last für die kapitalistische Klasse und stärkten die Arbeiterklasse. Seit den 50er Jahren herrschte die meiste Zeit Arbeitskräfteknappheit, und die Löhne stiegen jahrzehntelang sogar noch schneller als die Preise. Wie schon die Situationistische Internationale vorhergesehen hatte, war selbst der damalige relative Wohlstand - mit Autos, Fernsehern und Waschmaschinen für fast alle - für viele in der Arbeiterklasse immer noch nicht genug. In der Arbeit nahm die »Verweigerung der Arbeit« – ob individuell oder kollektiv, ob in Form von Sabotage oder von Blaumachen – derart zu, daß sie als eine neue, verallgemeinerte Kampfform erkannt wurde.[7] Die Ereignisse in Frankreich 1968 und Italien 1969-1977 stellen den höchsten Ausdruck dieser Tendenz dar, die sowohl Europa als auch die USA überrollte. In Großbritannien waren die »querköpfigen« ArbeiterInnen Anfang der 70er Jahre vielleicht nicht unbedingt revolutionär, aber ihre Verweigerungshaltung, ihre ständigen Forderungen nach höheren Löhnen, politischen Streiks usw. wurden als genauso bedrohlich und gefährlich für das Kapital empfunden wie die offener revolutionären Bewegungen der StudentInnen und anderer außerhalb der traditionellen Sphäre der Arbeiterbewegung. Endgültig gede-

---

7) Siehe Toni Negri: *Sabotage*, München: Trikont, 1979; Original: *Il domonio e il sabotaggio*, Mailand: Feltrinelli, 1978. Siehe auch den Teil über den Zerzan-Reeve-Streit in *The Refusal of Work*, Echanges et Movement, 1979.

mütigt wurde das britische Kapital durch den politischen Streik der Bergarbeiter, des stärksten Teils der britischen Arbeiterklasse, der 1974 die Heath-Regierung stürzte.

Zusammengenommen war diese Welle ein nicht mehr einzudämmender Angriff auf das keynesianische Abkommen, das seit dem Krieg den sozialen Frieden aufrechterhalten hatte. Entscheidend dabei ist, daß damals Kämpfe um materielle Tagesforderungen (üblicherweise von ArbeiterInnen *als* ArbeiterInnen) mit utopischeren Kämpfen (den »neuen sozialen Bewegungen«) zusammenkamen.[8] Der Nachkriegskompromiß und damit auch die Sozialdemokratie konnten den Klassenantagonismus also nicht in institutionellen Formen halten und einsperren. Damit war der Weg offen für neue politische Formen und Ideologien, deshalb kamen damals auch Formen wie Trotzkismus, Klassenkampfanarchismus, Linkskommunismus usw. wieder auf.

4.2. Massenarbeitslosigkeit und Umstrukturierung in Großbritannien

Angesichts der gestiegenen Militanz der Arbeiterklasse flüchtete das Kapital aus den traditionellen Bastionen der Macht der Arbeiterklasse. Dies führte zur Krise einiger Sektoren der britischen Wirtschaft, besonders der Fertigung und der Schwerindustrie. Aber das Kapital benutzte die Krise erfolgreich, um die Errungenschaften der proletarischen Offensive zu untergraben, und das löste eine Krise der erstarkten antikapitalistischen Bewegung selbst aus und führte schließlich zur Wiederkehr der früheren Spaltungen. Wie wir unten sehen werden, scheinen diese Spaltungen der Hauptgrund dafür zu sein, daß es den Arbeitslosen und den sonstigen natürlichen GegnerInnen gegen Workfare nicht gelingt, als Bewegung zu reagieren.

Krise und Kapitalflucht bedeuteten letztlich, daß die Regierungen in den industrialisierten Ökonomien nicht länger in der Lage waren, den Anspruch auf Vollbeschäftigung aufrecht zu erhalten. In Großbritannien bestand die unmittelbare Reaktion auf die Massenarbeitslosigkeit in dem Versuch, ihre Auswirkungen so weit wie möglich abzufedern. Die damalige Labourregierung verfolgte eine Strategie der Entschärfung der Klas-

---

8) Der Begriff »neue soziale Bewegungen« ist schon Teil des Versuchs, diese Bewegungen nicht als Ausdruck des proletarischen Antagonismus zu verstehen, sondern sie als Sammelsurium aller möglichen nicht auf Klassen basierenden Identitäten im Rahmen des demokratischen Staates wiedereinzufangen.

senmilitanz durch einen korporatistischen Handel mit den Gewerkschaften, der sich dann in dem heute berüchtigten »social contract« [»Gesellschaftsvertrag«; entspricht etwa der BRD-»Sozialpartnerschaft«] ausdrückte. Dieser verlangte eine »Gleichheit der Opfer« von allen Teilen der Arbeiterklasse. Um den Konflikt mit den Arbeitenden so klein wie möglich zu halten, sollten sich Regierung und Arbeitgeber als Ausgleich für die Lohnzurückhaltung dazu verpflichten, den notwendigen Stellenabbau möglichst wenig über Zwangsentlassungen, sondern über die »natürliche Fluktuation« durchzuziehen. Der Einstellungsstop führte jedoch zu einem dramatischen Anstieg der Jugendarbeitslosigkeit, da es für die Schul- oder UniabgängerInnen schwieriger wurde, Arbeit zu finden.

Durch die Jugendarbeitslosigkeit drohte eine ganze Generation der Erfahrung der Lohnarbeit entzogen zu werden. Labour antwortete darauf 1978 mit der Einführung einer »Arbeitserfahrungsmaßnahme«, des »Youth Opportunities Programme« [»Programm Möglichkeiten für die Jugend«]. Unter dem Namen »Youth Training Scheme« [Jugendausbildungsmaßnahme], später einfach YT, weitete die konservative Regierung 1983 die Maßnahme aus und führte die Teilnahmepflicht ein. Dies waren die ersten von vielen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, die letztlich (unzureichend) die Rolle der alten Berufsausbildungen übernahmen, statt entweder »echte« Jobs[9] zu schaffen oder zu Verdrängungseffekten auf dem Arbeitsmarkt zu führen. Wie Workfare-Maßnahmen und anders als Berufsausbildungen stießen sie aber bei der Mehrheit der jungen Arbeitslosen, die dort hingeschickt wurden, auf keinerlei Akzeptanz. Die »Ausbildung« und die »Arbeitserfahrung«, die dort vermittelt wurden, waren praktisch wertlos, die Bezahlung war beschissen, und die Leute hatten den Eindruck, daß diese Maßnahmen einzig und allein dazu dienten, die wahren Arbeitslosenzahlen zu verschleiern und nicht dazu, ihnen einen echten Job mit einem anständigen Lohn zu verschaffen.[10]

Die Bruchlandung erlebte Labours korporativistische Strategie 1979 im »Winter of discontent« [Winter der Unzufriedenheit], als viele der wichtigsten Teile der Arbeiterklasse streikten und das Land fast zum Stillstand brachten. Thatchers konservative Regierung ging zu einer

---

9) Der Begriff »echte Jobs«, der der Zeit des sozialdemokratischen Kompromisses stammt, bezieht sich auf Jobs, bei denen der volle Wert der benötigten Arbeitskraft bezahlt wird und aus denen sich nicht nur die individuelle ArbeiterIn, sondern auch die Familie reproduzieren kann.

10) Einen brauchbaren Überblick über die Regierungsmaßnahmen seit 1986, wenn auch aus linker Perspektive, gibt Anne Gray: *The Rights of the Unemployed: A Socialist Approach*, Nottingham: European Labour Forum 1996.

radikal neuen Strategie über. Sie gab den alten sozialen Konsens auf und versuchte, die Massenarbeitslosigkeit zu benutzen, um eine tiefgreifende Umstrukturierung des britischen Kapitals durchzusetzen und damit das Nachkriegsabkommen zugunsten des Kapitals neuzudefinieren. Innerhalb von kaum mehr als zwei Jahren nach Thatchers Regierungsantritt verdoppelte sich die Arbeitslosigkeit auf über drei Millionen. Ganze Industriezweige wurden zerstört und in vielen Regionen des Landes blieb dabei Brachland zurück.

Und doch war die Regierung zu diesem Zeitpunkt darauf bedacht, die Arbeiterklasse nicht zu provozieren. Zwar bestand eine der ersten Handlungen der neuen konservativen Regierung in der Abschaffung des einkommensabhängigen Arbeitslosengelds, um eine durch die Strategie der Massenarbeitslosigkeit verursachte Kostenexplosion der Sozialausgaben zu verhindern; aber davon abgesehen behielt die erste Thatcher-Regierung die bestehenden Bedingungen und Höhe der Arbeitslosenunterstützung bei. Überdies wurde die Massenarbeitslosigkeit durch beträchtliche Abfindungen vor allem an ältere ArbeiterInnen abgefedert. Die Regierung war aber durchaus bereit, diesen Preis zu bezahlen, wenn sie dafür unproduktive und personell »überbesetzte« Industriezweige stilllegen und gleichzeitig den noch Arbeitenden mit Arbeitslosigkeit drohen konnte, damit diese ihre Verweigerungshaltung bei der Arbeit aufgaben, d.h. wenn sie die Ausbeutungsrate erhöhen konnte.

4.3. Die Autonomie der Lebensstile von Arbeitslosen

Um die durch die Strategie der Massenarbeitslosigkeit entstandenen steigenden Kosten wieder wettzumachen, versuchte die Regierung, die Verwaltungskosten möglichst niedrig zu halten. Dies führte zu einer deutlichen Entspannung in der Handhabung der Arbeitslosenunterstützung. Erstens stieg die Zahl der Beschäftigten auf den Sozial- und Arbeitsämtern nicht so schnell wie die Zahl der Leute, die Unterstützung beantragten. Da somit die Arbeitsbelastung anstieg, mußten sich die Sozial- und Arbeitsämter zunehmend auf ihre Haupttätigkeit, nämlich das Auszahlen der Stütze, konzentrieren und so ihre Polizei- und Schnüffeltätigkeit einschränken. Zweitens wurden die Löhne der Beschäftigten auf den Arbeits- und Sozialämtern niedrig gehalten, wie bei den meisten Angestellten im öffentlichen Dienst, was die Vorstellung untergrub, daß es sich bei ihren Jobs um Mittelschichtarbeit handele. Diese beiden Faktoren - gestiegene Arbeitsmenge und Demotivierung der SachbearbeiterInnen - und die Tatsache, daß es nur sehr wenige »zumutbare Beschäfti-

gungsmöglichkeiten« gab, führten zusammengenommen dazu, daß der Druck auf Arbeitslose, Arbeit zu finden, beträchtlich abnahm.

In den 80er Jahren führte die Regierung außerdem eine große Zahl von Arbeitsprogrammen ein und unterstützte auch einige informelle Tricks, die die Arbeitslosenzahlen optisch schrumpfen ließen. Eines der beliebtesten Projekte bei den damaligen »freiwilligen« Arbeitslosen war das Enterprise Allowance Scheme [Unternehmensgründungs-Zuschuß-Maßnahme], durch das Arbeitslose ein Jahr lang einen Zuschuß erhielten und von der Meldepflicht befreit wurden,[11] wenn sie eine ausgearbeitete Geschäftsidee und einige Quittungen vorlegen konnten. Ein weiterer ziemlich verbreiteter Trick, den ebenfalls viele »freiwillige« Arbeitslose nutzten, war, mit Hilfe eines Arztes Krankengeld zu kassieren. Das bedeutete mehr Geld und ebenfalls Befreiung vom Ärger mit der Meldepflicht.

Für Arbeitslose gab es also eine Reihe von Möglichkeiten, sich einen erträglichen Lebensstil auf Stütze zurechtzufrisieren. Für einzelne und kleine Gruppen gab es genug Platz und Zeit, um kreativ zu sein und es sich gutgehen zu lassen, sei es durch Reisen (Urlaubsvereinbarungen sorgten dafür, daß regelmäßige Meldungen beim Arbeitsamt nicht immer notwendig waren), sei es durch Musik (Bandgründungen) oder Kunst und sonstwas. Falls nötig, ließ sich das Existenzminimum der Stütze durch gelegentliche Schwarzarbeit aufbessern. Mit der Massenarbeitslosigkeit wurde also die Arbeitsverweigerung aus den Betrieben in die Arbeitslosigkeit gedrängt.[12]

Die »Dole Autonomy« drückte sich jedoch nicht nur in diesen individuellen Formen aus. Es blühten auch eine Reihe von kollektiveren antagonistischen Lebensweisen und Tendenzen, vor allem der Anarcho-Punk, eine Bewegung, die in den »Stop the City«-Demos und den gewaltbereiten Elementen auf den Friedensdemos der CND [Campaign for Nuclear Disarmament; Kampagne für nukleare Abrüstung; bürgerliches Friedensbündnis] zum Ausdruck kam, sich aber dann in klassenkämpferische und liberale Fraktionen spaltete, vor allem am Bergarbeiterstreik

---

11) Die Arbeitslosmeldung in Großbritannien [»signing on«] bedeutet, daß man regelmäßig auf dem Arbeitsamt [Unemployment Benefit Office bzw. Job Centre] erscheinen und eine Erklärung über das Vorliegen eines Anspruchs auf Arbeitslosenunterstützung unterzeichnen muß.

12) In den 60er und 70er Jahren begann sich die Arbeitsverweigerung in Form von Blaumachen usw. in den Betrieben als gemeinsame Strategie auszubreiten und verband unterschiedliche Bereiche. Diese Verbindungen gingen jedoch verloren, als die Leute arbeitslos wurden.

und Themen wie Animal Liberation [militanter Tierschutz].[13] Auch die sogenannten Claimants' Unions [Arbeitslosen-Gewerkschaften] blieben in dieser Zeit weiter aktiv. Die Claimants' Unions entstanden 1969 und florierten in den 70er Jahren als eine Form von Solidarität zwischen verschiedenen Arbeitslosengruppen, die sich davor schützen wollten, vom Staat Jobs vermittelt zu bekommen, weniger als Verteidigung gegen die verschiedenen Angriffe auf die Sozialleistungen oder ähnliche Formen von Unterstützung. In den 70er Jahren erschien die Hauptforderung der Claimants' Unions nach einem Mindestgrundeinkommen für alle ohne jegliche Bedingungen (sprich: ohne dafür arbeiten zu müssen) glaubhaft, da alle anderen am kämpfen waren und es so aussah, als könnten alle Forderungen erfüllt werden. Anfang bis Mitte der 80er Jahre führten die Claimants' Unions und andere nicht-entlohnte Gruppen eine erfolgreiche Kampagne gegen Sozialamtsschnüffler durch, die alleinerziehende Mütter und andere alleinstehende Frauen schikanierten, die verdächtigt wurden, nicht allein zu wohnen. Wenn die Schnüffler bei diesen Frauen vorbeischauten, wurden sie von Unterstützern von der Claimants' Union begrüßt, die dann die Schnüffler verhörten und diese Gespräche auf Band aufnahmen. Die erfolgreicheren Interventionen dieser Art kamen durch die Zusammenarbeit von Claimants' Unions und SachbearbeiterInnen zustande, die den Claimants' Unions Bescheid sagten, wenn Besuche anstanden.[14]

Anfang der 80er Jahre initiierte auch der TUC die Gründung einer Reihe von »Arbeitslosenzentren« im ganzen Land. Diese waren zum Großteil als Service *für* die Arbeitslosen geplant (Beratung, Treffpunkt, Fortbildung usw.), und ihre Finanzierungsquellen brachten bestimmte Beschränkungen bezüglich politischer Aktivitäten mit sich - obwohl es dagegen auch einige Kritik von Arbeitslosengruppen selbst gab.[15] Die Arbeits-

---

13) Siehe »Kill or Chill? Analysis of the opposition to the Criminal Justice Bill«, in *Aufheben* 4 (Sommer 1995). {Soll mittlerweile auch von einer Berliner Gruppe ins Deutsche übersetzt worden sein...}

14) Siehe die Broschüre *Unwaged Fightback: A History of Islington Action Group of the Unwaged 1980-86* von der *Campaign for Real Life* [Kampagne für echtes Leben]. Siehe auch den nützlichen Artikel in *Bad Attitude* 8, Herbst 1995. Einige Claimants' Unions existieren heute noch, und einige gehören dem Groundswell-Netz an (auf das wir weiter unten noch eingehen), aber alles in allem ist ihr radikaler und auf Massenkampagnen gerichteter Anspruch zum größten Teil von eher pragmatischer Beratungstätigkeit und dem Durchkämpfen individueller Sozialleistungsansprüche abgelöst worden.

15) Siehe auch Bagguley, a.a.O. Das Geld für die TUC-Zentren kam zum großen Teil von

(Fortsetzung...)

losenzentren sollten sich um die dringend notwendige Reintegration der Arbeitslosen (die, wie man annahm, natürlich arbeiten wollten) kümmern, um diese unter dem Einfluß von Gewerkschaften und Arbeiterbewegung zu halten, damit sie nicht den Faschisten oder auch solchen »spontanen« Gruppierungen wie den unabhängigen Claimants' Unions in die Arme liefen.

4.4 Das Ende der bequemen Arbeitslosigkeit der 80er Jahre

Als die Regierung 1985 die Bergarbeiter besiegt hatte, fühlte sie sich zuversichtlich genug, um das Problem der hohen Kosten der Massenarbeitslosigkeit anzugehen, und machte sich 1988 mit der Fowler Review an die Novellierung des Sozialrechts: Für 16- und 17jährige wurde der automatische Anspruch auf Unterstützung abgeschafft[16], und den 18- bis 25jährigen wurden die Leistungen um 30 Prozent gekürzt. Außerdem bekam jetzt niemand mehr Unterstützung, nur weil er oder sie »dem Arbeitsmarkt für eine zumutbare Beschäftigung zur Verfügung stand«, sondern man mußte auch »aktiv Arbeit suchen«, selbst wenn es gar keine Arbeit gab. Damals wurden auch regelmäßige »Restart«-Gespräche [Neuanfang] eingeführt, um die Arbeitslosen zur Teilnahme an allerlei »Ausbildungs«-Maßnahmen zu drängen. Die Vorstöße, um die AntragstellerInnen in diese Maßnahmen zu treiben, fielen mit Wahlkampfzeiten zusammen, dienten also wiederum dazu, die wahren Arbeitslosenzahlen zu verschleiern.

Die Arbeitslosigkeit blieb die ganzen 80er Jahre weiterhin hoch - selbst in den offiziellen Statistiken betrug sie um die zwei Millionen. Für die meisten Leute mit Arbeit jedoch stiegen die Löhne weit schneller als die Preise, als Ausgleich für die verlangte gesteigerte Produktivität. Die Situation war völlig anders als in den USA, wo ein ähnlicher Anstieg der Arbeitslosigkeit und Angriffe auf die Sozialleistungen während der Rezession 1980 von einem Absturz der Löhne begleitet wurden. In Großbritannien war noch eine weitere schwere Rezession – Ende der 80er und

---

15)(...Fortsetzung)
der Manpower Services Commission, einer Regierungsbehörde. Diese wie der TUC mußten nach den Riots von 1981 gegen das »Problem« der Jugendarbeitslosigkeit unbedingt »etwas tun«.

16) Die Altersgruppe der 16- bis 17jährigen kann nur in »Härtefällen« Unterstützung beantragen, etwa wenn sie bei ihren Eltern ausziehen, weil sie mißhandelt werden.

Anfang der 90er Jahre – nötig, um den Anstieg der Reallöhne zu brechen und die verstärkte Arbeitsplatzunsicherheit von Zeitverträgen und Teilzeitarbeit einzuführen, die notwendig war, um die Rentabilität des britischen Kapitals zu erhalten. Aber diese Rezession Anfang der 90er Jahre belastete den Staat mit gestiegener Langzeitarbeitslosigkeit.

5. Stempeln in den 90er Jahren: das Ende des Arbeitslosen-Lebens, wie wir es kennen

5.1. Kürzungen der Ansprüche

Anfang der 90er Jahre gestand der konservative Sozialminister Peter Lilley ein, es gäbe nach der Fowler Review kaum noch Spielraum für eine weitere Kürzung der Sozialleistungen, da sie ohnehin schon so niedrig seien. Zur Kürzung der Sozialausgaben fuhr die Regierung daher eine zweigleisige Strategie. Erstens versuchte sie, mehr und mehr Leuten ihre Ansprüche zu entziehen. So verloren Studierende (die bisher während der Ferien einen Anspruch auf Income Support [Sozialhilfe] und Housing Benefit [Wohngeld] gehabt hatten), ArbeiterInnen aus EU-Ländern[17] und AsylbewerberInnen ihre Ansprüche. Zweitens versuchte die Regierung, das ganze Sozialleistungsregime zu straffen. Während z.B. in den 80er Jahren einige Arbeitslose eher ermutigt wurden, stattdessen Krankengeld zu beantragen, gibt es in den Neunzigern den umgekehrten Prozeß, daß nämlich die Kriterien für den Anspruch auf Krankengeld durch striktere Arbeitsunfähigkeits-Tests und den Einsatz von Amtsärzten strenger werden. Überdies wurden die Zumutbarkeitskriterien verschärft, so daß arbeitslos gemeldete AntragstellerInnen ihre Jobsuche nach drei Monaten auch auf Stellen ausweiten müssen, die sie anfänglich als nicht »zumutbar« betrachtet hätten. Bewerbungstrainingskurse, in denen Arbeitssuche, Bewerbungsgespräche, das Schreiben von Lebensläufen u.ä. gelehrt wird, sind zur Pflicht geworden: »Job Plan Workshop« (nach einem Jahr) und »Restart« (nach zwei Jahren). Gleichzeitig hört die

17) Die konservative Regierung warb um fremdenfeindliche, populistische Wählerstimmen, indem sie gegen europäische »Sozialtouristen« hetzte. Die Änderungen der Bestimmungen haben auch viele Leute mit britischer Staatsangehörigkeit erwischt, die sich eine Zeitlang im Ausland aufhalten.

Regierung nicht auf, die »Schmarotzer«- und Sozialbetrugsleier herunterzubeten, um so ihren Angriffen Legitimität zu verleihen und Spaltungen in der Gesamtarbeiterklasse voranzutreiben.

Der organisierte Widerstand von Arbeitslosen gegen diese Veränderungen ist zwar sehr enttäuschend (wie weiter unten noch ausgeführt wird), aber die Regierung ist beim Versuch, sie erfolgreich umzusetzen, doch auf Probleme gestoßen. Dies ist zu einem großen Teil auf die rigide Arbeitspraxis und den aktiven Widerstand der Angestellten in den Sozial- und Arbeitsämtern zurückzuführen. Da sie sich als überarbeitet und unterbezahlt betrachten,[18] haben viele dieser Angestellten keine Lust, noch härter zu arbeiten, um im Auftrag der Regierung die Arbeitslosen zu disziplinieren.[19] Die Rigidität zeigt sich konkret in der unter AntragstellerInnen verbreiteten Erfahrung, daß ihnen die SachbearbeiterInnen beim Ausfüllen der Fragebögen helfen. Sie zeigt sich auch darin, daß es die Arbeitsämter immer noch nicht schaffen, regelmäßigere Restart-Gespräche durchzuführen. Der Employment Service mußte wiederholt Kampagnen zur Einführung von strengeren Kontrollen starten, aber nach diesen Kampagnen normalisierte sich die Situation immer wieder.

5.2. Die JSA

In dem oben beschriebenen Kontext bildete sich die Job Seekers Allowance (JSA) heraus. Sie entstand im Oktober 1996 aus der Zusammenlegung von Unemployment Benefit [Arbeitslosengeld] (aus Beiträgen finanziert und vom bisherigen Einkommen abhängig) und Income Support [Sozialhilfe] (nach einer Bedürftigkeitsprüfung). Sie enthält eine Reihe von Regelungen, von denen die folgenden vielleicht am wichtigsten sind:

- Kürzung der beitragsfinanzierten Zahlungen von 12 auf 6 Monate;

---

18) Ein Großteil der SachbearbeiterInnen wird mittlerweile so schlecht bezahlt, daß sie Wohngeld beantragen müssen!

19) Besonders natürlich zu einer Zeit, in der die einzelnen AntragstellerInnen nicht nur die Bedingungen des sozialdemokratischen Abkommens ablehnen, sondern dieser Ablehnung auch zunehmend mit der Androhung von Gewalt gegen die SachbearbeiterInnen Ausdruck verleihen. Die Zahl der gewalttätigen Übergriffe auf SachbearbeiterInnen der Arbeitsämter stieg von 1992 bis 1995 um 240 Prozent (*Guardian*, 14. Juli 1995).

- ein Vertrag (das »Job Seeker's Agreement), nach dem der oder die AntragstellerIn sich jede Woche auf eine bestimmte Zahl von Jobs bewerben und auf Verlangen die Bewerbungen nachweisen muß;
- höhere Strafen, wenn man nicht »aktiv Arbeit sucht«: während einem früher die Stütze nur eine Zeitlang gekürzt wurde, wird sie einem jetzt eine Zeitlang *ganz gestrichen*;
- die »Kundenberater« können den AntragstellerInnen jetzt bei Androhung von Strafe »Anweisungen« geben, etwa sich auf bestimmte Jobs zu bewerben oder sich vorzeigbar zurechtzumachen (sogar sich die Haare zu schneiden oder Ohrringe herauszunehmen usw.).

In bezug auf die SachbearbeiterInnen bedeutete die JSA:

- die Angleichung und letztlich die Zusammenlegung der Funktionen von Benefit Agency [Sozialamt] und Employment Service [Arbeitsamt] und damit verbunden insgesamt Stellenstreichungen;
- vermehrte Einführung von Erfolgsquoten bzw. leistungsabhängiger Bezahlung (d.h. die Bezahlung soll stärker daran gekoppelt werden, wie viele Leute aus dem Leistungsempfang rausgedrückt werden).

Unmittelbar sollte die JSA zwar in erster Linie Geld sparen, indem die Zahl der AntragstellerInnen gesenkt wurde, aber durch sie wurde auch die Verwaltung der Sozialleistungen grundsätzlich verändert, um Druck auf die Arbeitslosen auszuüben, damit diese auf dem Arbeitsmarkt konkurrieren und dadurch das allgemeine Niveau der Löhne und Bedingungen der Arbeitenden drücken. Außerdem ebnete sie den Weg für Workfare. Unter dem alten System mußten die Arbeitslosen nur einige allgemeine Bedingungen erfüllen, um Leistungen zu erhalten. Mit der JSA können zusätzlich zu diesen allgemeinen Bedingungen je nach Ermessen der »Kundenberater« bestimmte individuelle Bedingungen gestellt werden. Um sicherzustellen, daß dieses Ermessen nicht zu lax ausfällt, werden den einzelnen SachbearbeiterInnen, Abteilungen und Ämtern im Employment Service Zielvorgaben über die zu reduzierende Zahl der UnterstützungsempfängerInnen gemacht.

5.3. »Project Work«

Da Workfare in Großbritannien einen schlechten Ruf genießt, startete die konservative Regierung unter dem Namen »Project Work« zwei Pilot-

maßnahmen, die nicht als »Arbeite für deine Stütze«, sondern als »Arbeitserfahrung« verkauft wurden.[20] Das erklärte Ziel war, den Langzeitarbeitslosen zu »helfen«, indem man sie wieder Arbeitsdisziplin lernen ließ. Die Pilotprojekte begannen 1996 in Hull und Medway (im südenglischen Kent), und alle in diesen Gegenden, die länger als 24 Monate arbeitslos waren, waren berechtigt, daran teilzunehmen. Der Versuch, den Zwangscharakter dieser Programme zu beschönigen und sie so öffentlich zu legitimieren, scheiterte jedoch. Landesweite ehrenamtliche Organisationen und Charities [Wohlfahrtsorganisationen] wie Oxfam und Mind verurteilten die Programme, und die Gemeindeverwaltungen, Gewerkschaftsverbände und Arbeitslosenzentren riefen alle Arbeitgeber dieser Gegenden zum Boykott auf. In Medway wurden die Stellen an die Leute ständig dafür vergeben, die napoleonische Festung Anherst zu streichen; die Festung wurde in weniger als einem Jahr 27mal gemalert.

Es gab auch weitverbreiteten individuellen Widerstand von StützeempfängerInnen. Sicher trifft man, wenn man vor irgendeinem JobCentre [Arbeitsamt] in Großbritannien Flugblätter verteilt, in denen die Behandlung der Arbeitslosen kritisiert wird, viele Leute, die einen Job wollen, die deprimiert (und natürlich auch arm) sind, weil sie von der Stütze leben, und die der Anti-Arbeitshaltung genauso kritisch gegenüberstehen wie viele der Arbeitenden. Trotzdem bedeutet diese positive Einstellung zur Arbeit in der Praxis natürlich noch lange nicht die Bereitschaft, jeden Arbeitsplatz und jede Maßnahme anzunehmen; die meisten Leute, die in Zwangsmaßnahmen gesteckt werden, lehnen diese vehement ab. Daher reagierten viele Arbeitslose in Hull und Medway, indem sie (offiziell) aus dem Pilotgebiet wegzogen oder sich - wenigstens für eine Weile - beim Arbeitsamt abmeldeten.

Gemessen an der Zahl der Übernahmen und derer, die schließlich in normalen Jobs landeten, war das Projekt ein Reinfall. Die konservative Regierung reagierte darauf mit einer veränderten Argumentation. Sie behauptete, »Project Work« sei ein Erfolg gewesen, da es dazu gedient habe, die SchwarzarbeiterInnen auszusieben, indem es sie gezwungen habe, entweder ihre Schwarzjobs oder die Arbeitslosenunterstützung aufzugeben.[21] Die Regierung dehnte das Pilotprojekt daher auf weitere

---

20) Tatsächlich lehnte die konservative Regierung 1995 eine parlamentarische Gesetzesinitiative zur Einführung von Workfare ab, da sie Verdrängungseffekte auf dem Arbeitsmarkt befürchtete (*Working Brief*, November 1996).

21) Zweifellos arbeiten viele Arbeitslose schwarz – natürlich kann man bei der Schwarz-

(Fortsetzung...)

27 Städte in Großbritannien aus. Das Community Programme wurde abgeschafft und die »Arbeitserfahrung« als Zwangsmaßnahme eingeführt, und damit war klar, daß die Politik der Bestrafung der Arbeitslosen durch Workfare-Bestimmungen fortgesetzt werden würde, was ganz auf der Lohnsenkungs-Linie der JSA lag. Die Umsetzung dieser ausweiteten Pilotprojekte wurde durch die Wahlen verzögert. Sie begannen schließlich im August 1997 mit einer Reihe regionaler Variationen. Während das Programm in Brighton nur mit eingetragenen gemeinnützigen Organisationen arbeitet, werden in Edinburgh auch Pflegejobs in örtlichen Krankenhäusern, Altenheimen, Kinderheimen und Tageszentren vermittelt. Die »Project Work«-Maßnahmen sollen im Frühjahr 1998 auslaufen und dann durch den »New Deal«, ein noch ehrgeizigeres Maßnahmenprogramm für Arbeitslose, ersetzt werden.

5.4. New Labour, New Deal

Die im Mai 1997 gewählte »New Labour«-Regierung bezeichnet den »New Deal« [Neuverteilung der Karten bzw. Neuverhandlung eines Abkommens; außerdem natürlich Anspielung auf die gleichnamige Politik der Regierung Roosevelt in den USA ab 1933] – oder »Welfare to Work« [»Sozialhilfe zur Arbeit«] – als ihre »Flaggschiffpolitik«. Tatsächlich charakterisiert der »New Deal« auf vielfältige Weise die Einstellung von »New Labour« zu Arbeit, Arbeitslosigkeit und Sozialstaat und macht klar, warum diese Regierung so einmütig vom britischen Kapital begrüßt wurde.

Das »New Labour«-Projekt begann damit, daß Führungsfiguren der Labour Party erkannten, daß die keynesianische Politik tot und damit der »Sozialismus« (die Sozialdemokratie) am Ende sei. »New Labour« geht von der Annahme aus, daß die von Thatcher & Co. in Angriff genommene Neuaushandlung des Nachkriegsabkommens unumkehrbar aber unvollständig sei. Sie sei unvollkommen, weil die konservative Partei an verschiedenen Irrationalismen hänge (kleinlichem Nationalismus, Rassismus, Sexismus, Fremdenfeindlichkeit, usw.), die die Spaltungen, die sie in den großen thatcheristischen Aufständen der 80er und 90er Jahre pro-

---

21)(...Fortsetzung)
arbeit keine genauen Zahlen nennen. Viele dieser Schwarzjobs sind kurzfristig und unsicher, d.h. Gelegenheitsarbeit und Teilzeit. Sie werfen oft nicht genug ab, um ausschließlich von ihnen leben zu können.

vozierten, nur erhielten und verstärkten. »New Labour« will deshalb die spaltenden Irrationalismen eliminieren und stattdessen auf der Grundlage der bestehenden neoliberalen Angriffe auf Löhne, Arbeitsbedingungen und Sozialstaat einen neuen Konsens schaffen. »New Labour« will die neue »nationale Einheitspartei« in einem Land sein, in dem alle darin übereinstimmen, daß »Flexibilität« auf dem Arbeitsmarkt notwendig und wünschenswert ist. Konsens, und damit ein Fehlen von Auseinandersetzungen und Streiks, sorgt für eine leistungsfähigere kapitalistische Nationalmaschine, da wir alle für die größere Sache zusammenrücken und unsere Pflichten genauso wahrnehmen wie unsere Rechte.[22]

Keynesianische Vorstellungen von der Ankurbelung der Wirtschaft durch Investitionen in den öffentlichen Sektor haben ausgedient, aber Labour beruft sich erfolgreich auf den Geist von Keynes, der sich im weitverbreiteten Wunsch ausdrückt, mehr Arbeitsplätze zu schaffen. Finanzminister Gordon Brown hat angedeutet, daß »Vollbeschäftigung« wieder möglich sei. Der Trick dabei ist, daß »Vollbeschäftigung« in Zukunft heißen soll, daß kein »Leben auf Stütze« mehr möglich ist. Dann sind Formen von Workfare nicht mehr Strafen, sondern »Möglichkeiten«; und bei so vielen »Möglichkeiten« wird es keine Entschuldigung mehr dafür geben, nicht entweder eine Arbeit oder einen »Ausbildungsplatz« zu haben; daher wird auch geplant, die Arbeitslosenunterstützung für bestimmte Teile der Bevölkerung abzuschaffen. Tatsächlich ist Workfare, obwohl Labour diesen Begriff auf keinen Fall benutzen würde, von einem Horrorbegriff zu einem wesentlichen Bestandteil des neuen Konsens geworden; nur die Einzelheiten müssen noch geklärt werden.

Sprache und Strategie von Labours »New Deal« oder »Welfare to Work« beruhen direkt auf neueren amerikanischen Workfare-Modellen, besonders dem in Wisconsin. Die amerikanischen Programme, die in Anzahl und Umfang seit 1990 enorm zugenommen haben und anscheinend noch weiter ausgeweitet werden sollen, haben zu einer großflächigen Ersetzung von Arbeitsplätzen im öffentlichen Dienst durch Workfare-Stellen geführt. Dies ist vor allem bei der New Yorker Variante der Fall. Die Stadt New York hat mit Hilfe von Einstellungsstops und So-

---

22) Diese Entwicklung vom »ausschließenden« Führungsstil Thatchers (und im Management von Edwardes, MacGregor & Co.) zum »einschließenden« Ansatz Blairs, jedoch mit demselben Ziel der Arbeitsmarktflexibilität, wurde schon in John Holloways lesenswertem Artikel »The Red Rose of Nissan« (*Capital & Class* 32, 1987) vorausgesehen. Daß es den Regierungsideologen darum geht, vereinigende Identitäten zu schaffen, um die Vereinzelung und Konflikte zu übertünchen, die der Neoliberalismus zwangsläufig mit sich bringt, wird besonders deutlich in Konzepten wie dem »Kommunitarismus«.

zialplänen mit Abfindungen über 20 000 gewerkschaftlich organisierte Arbeitsplätze gestrichen. Mitte 1997 waren im öffentlichen Sektor schon etwa 75 000 ArbeiterInnen über Workfare für dieselben Tätigkeiten eingestellt worden – in Parks, im Straßenbau, in Kindertagesstätten und sogar in den Social Security Offices [Sozialämtern]. Letztendlich werden über die Hälfte der bei der Stadt Beschäftigten Workfare-ArbeiterInnen sein. Natürlich haben die entlassenen städtischen Beschäftigten, sobald sie sich arbeitslos melden, gute Chancen, ihre alte Stelle wiederzubekommen – diesmal allerdings für einen »Lohn« auf Sozialhilfeniveau und ohne ihre bisherigen Arbeitnehmerrechte.

Der »New Deal« ist prinzipiell auf 18- bis 24jährige ausgerichtet, die mehr als sechs Monaten arbeitslos sind.[23] Er eröffnet vier mögliche »Optionen«:

- Eine sechsmonatige Beschäftigung bei einem möglichst privaten Arbeitgeber, der mit etwa 65 Pfund pro Arbeitsplatz und Woche subventioniert wird. Dafür soll die ArbeiterIn einen Tag pro Woche Ausbildung erhalten. Zu dieser »Option« gehört eine Art »Lohn«, obwohl dieser ziemlich wahrscheinlich noch unter dem bald kommenden Mindestlohn liegen wird. Die Regierung hofft, daß die Stelle in einen richtigen Arbeitsplatz umgewandelt wird, sobald die Subvention ausläuft; das Gesetz enthält aber keine Vorkehrungen, um dies durchzusetzen, und nur vage Klauseln, daß keine normalen Arbeitsplätze durch solche Stellen ersetzt werden sollen.
- Eine einjährige Vollzeit-Umschulungsmaßnahme – allerdings nur bis zum NVQ2-Abschluß[24] – dafür gibt es weiter Arbeitslosenunterstützung.
- Eine sechsmonatige »Arbeitserfahrung« bei einer »ehrenamtlichen« Organisation einschließlich einem Tag Ausbildung pro Woche – auch hierfür gibt es weiter Arbeitslosenunterstützung.

---

23) Ursprünglich war die Maßnahme für 250 000 arbeitslose Jugendliche geplant, es fallen zur Zeit aber nur 122 000 Leute in diese Kategorie. Daher wurde unlängst angekündigt, daß die Maßnahme letztendlich auf alle unter 35 ausgeweitet werden soll. Es existieren auch bislang unveröffentlichte (nicht beschlossene?) Pläne für ältere Langzeitarbeitslose sowie Strategien für Alleinerziehende und BezieherInnen verschiedener Formen von Disability allowance [Erwerbsunfähigkeitsunterstützung] (siehe unten), die alle nicht als »arbeitslos« zählen, aber einen riesigen Teil der Sozialausgaben beanspruchen.

24) National Vocational Qualification [Nationale Berufsqualifikation]. Diese Berufsausbildungen variieren in Art und Inhalt, NVQ1 und NVQ2 sind aber die niedrigsten Abschlüsse.

- Eine sechsmonatige Arbeit bei der »Environmental task force« [Umwelteinsatzgruppe], die »gute Werke« für »die Umwelt« und »die Gemeinschaft« vollbringt. Die TeilnehmerInnen erhalten weiter Arbeitslosenunterstützung plus eine Einmalzahlung von 400 Pfund. Mit dieser Option sollen wohl die Reste eingefangen werden.[25]

Sowohl Minister wie Abgeordnete der Regierungsfraktion wiederholen immer wieder, daß es »keine fünfte Option« geben wird – d.h. keine Option, *nicht* eine dieser Optionen zu wählen, wobei sowieso nicht jeder »Kunde« jede Möglichkeit wählen können wird, da das ganze von Ort zu Ort noch einer Reihe von örtlichen Variationen unterliegen wird.

Obwohl Labour immer unbedingt »neu« und »modern« sein will, sind die Grundsätze ihrer jetzigen Pläne in bestimmten wichtigen Punkten nur eine Neuauflage der Ideen, die schon hinter dem oben erwähnten Poor Law von 1834 standen. Erstens das von New Labours Sozialstaatsideologen Frank Field verkündete Leitprinzip[26], daß kein arbeitsfähiger Mensch von der Stütze leben dürfen solle, ohne etwas dafür zurückzugeben. Zweitens geht der Trend der letzten Jahre weiter, daß das Kassieren von Arbeitslosenunterstützung immer unattraktiver gemacht und bestraft werden soll. Wie bei der Drohung mit dem Arbeitshaus sind die vorgeschlagenen neuen Workfare-Maßnahmen zu teuer, als daß man sie allen anbieten könnte; vielmehr wird die Regierung eine Zeitlang verstärkt Terror machen, um Arbeitslose in bestehende (schlechtbezahlte, kurzfristige) Jobs hineinzudrängen, bevor sie für die neuen, subventionierten Programme blechen muß.

New Labour brüstet sich damit, daß sie ihr ehrgeiziges Projekt mit einer Sondersteuer in Höhe von 3,5 Milliarden Pfund auf die Profite der privatisierten Versorgungsunternehmen finanziert. Indem sie das Geld auf diese Weise investiert, was an Labours keynesianische Vergangenheit der Umverteilungspolitik anzuküpfen scheint, demonstriert New Labour im Gegensatz zum zynischen, knickrigen »Project Work« der letzten Regierung, daß es ihr ernsthaft um die Probleme der jungen Arbeitslosen gehe. Aber verglichen mit echten keynesianischen Strategien sind 3,5 Milliarden über vier Jahre verteilt nur Kleingeld. Ein wichtigerer Unter-

---

25) Vor kurzem wurde außerdem angekündigt, daß es eine weitere Option geben soll, nämlich Existenzgründungshilfen (vielleicht nach dem Modell des alten Enterprise Allowance Scheme). Bis jetzt wurden aber kaum Einzelheiten darüber bekannt.

26) Fields Stellung in der Regierung ist jedoch umstritten, und es ist gewiß nicht so, daß alle seine Äußerungen direkt in Politik umgesetzt werden.

schied zur früheren keynesianischen Strategie ist, daß New Labour nie versprochen hat, mehr Arbeitsplätze an sich zu schaffen. Vielmehr glaubt New Labour, daß man die Arbeitslosigkeit bekämpft, indem man den Individuen »Qualifikationen« vermittelt. Insofern geht New Labour genauso an das Problem der Arbeitslosigkeit und der Sozialausgaben heran wie die letzte Regierung: mit der Schaffung von Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt zum Vorteil des Kapitals – obwohl diesmal vielleicht die qualifizierteren Bereiche betroffen sein werden und nicht nur der unterste Bereich.[27]

Im Weltbild von New Labour ist Arbeit die Lösung fast aller sozialen Übel, da sie nicht nur für eine gesunde, konkurrenzfähige Wirtschaft (sprich: die Chefs sind am längeren Hebel) sorgt, sondern auch für »Unabhängigkeit« und »Selbstwertgefühl« bei Menschen, die ansonsten der Erfahrung der Lohnarbeit beraubt wären. Im Vergleich zu keynesianischen Strategien ist der New Deal vielleicht relativ billig, aber er muß als Teil einer gewaltigen ideologischen Offensive verstanden werden, mit der allen Menschen die Arbeitsethik eingeimpft wird und die Gruppen, die sich an ein Leben von der Stütze als Selbstverständlichkeit gewöhnt haben, wieder in die Welt der Lohnarbeit »eingeschlossen« werden.[28] New Labour hat erkannt, daß ein Hauptproblem der Großbritannien AG darin besteht, daß zu viele Leute nicht »job ready« [vermittelbar] sind. Da sie zu lange Zeit arbeitslos waren, haben sie keine Arbeitsdisziplin mehr und kommen noch nicht einmal morgens pünktlich aus dem Bett: Daher wird zur Zeit darüber geredet, nicht lohnarbeitenden alleinerzie-

---

27) All dies nimmt sie natürlich beim Wort. Wenn das Gerede über »Qualifikationen« reines Geschwafel ist – wie das Beispiel von NVQ2 als »Ausbildung« vermuten läßt – dann ist der »Qualifikations«-Teil des »New Deal« genauso ein Schwindel wie alle bisherigen staatlichen Maßnahmen. Einerseits scheint das Bemühen der Regierung um eine Form von Mindestlohn ein Eingeständnis zu bedeuten, daß der Staat nicht viel mehr für das untersten Bereich des Arbeitsmarktes tun kann. Andererseits deuten die ewigen Predigten der Labour-Führung über Bildung (»Bildung, Bildung, Bildung«) an, daß sie darauf hoffen, die Flexibilität der USA (wie Thatcher sie hergestellt hat) mit einem höheren Produktivitätsniveau zu verbinden, wie es in Deutschland und Japan herrscht (was dort zum Teil durch die Betonung der Bedeutung von Ausbildung erreicht wird).

28) Will Hutton ist zwar keineswegs ein Sprecher der Labour-Orthodoxie, aber er drückt ihre Ideologie sehr schön aus, wenn er sagt, daß der Wert der Arbeit für die ArbeiterInnen nicht nur in der Entschädigung durch den Lohn liege, sondern daß der Arbeitsrhythmus dem Leben Bedeutung gebe und die sozialen Beziehungen dem Arbeiter eine Identität verleihen (Will Hutton: *The State We're In*, London: Jonathan Cape 1995). Blair und Brown würden in ihrer Kampagne für die Arbeitsethik vielleicht sogar noch weiter gehen. »Arbeit ist gut für die Seele«, hat letztgenannter sein Credo zusammengefaßt.

henden Müttern und Menschen, die Arbeitsunfähigkeitsleistungen beziehen, die Gelder zu kürzen und sie zu »ermutigen«, außer Haus zu arbeiten, und sei es in Teilzeit. Es wird also erwartet, wenn nicht gar mit Zwangsmaßnahmen dafür gesorgt, daß nicht nur die arbeitslos Gemeldeten, sondern praktisch *alle* arbeiten.

Zum Versuch der Labourregierung, einen neuen Konsens aufzubauen, gehörte auch ihr Versuch, die Idee und die Umsetzung des New Deal breit zur Diskussion zu stellen. Eine Reihe von Diskussionskonferenzen haben schon erfolgreich die verschiedenen Teile der Labour-Basis – einschließlich der Gewerkschaften[29] – an Bord geholt, bevor das ganze Programm beginnt. In diesen finanziell schwierigen Zeiten begrüßt nicht nur die Industrie das Denken, das New Labours New Deal zugrundeliegt.[30] Die meisten Gemeinden werden jetzt von Labour regiert, und obwohl sie »Project Work« kritisch gegenüberstanden, begrüßen sie den New Deal jetzt größtenteils enthusiastisch. Die Gemeindeverwaltungen sollen in die Planung und Koordinierung der Maßnahmen einbezogen werden, und sie werden mit Sicherheit von der Verfügbarkeit so vieler billiger oder kostenloser Arbeit profitieren. Auch der ehrenamtliche Sektor begrüßt den New Deal. Dieser Bereich übernimmt zunehmend Funktionen des Sozialstaats, während der gleichzeitig abgebaut wird. Einigen der sozial bewußteren Liberalen an der Spitze von Charities und ehrenamtlichen Organisationen ist zwar klar, daß Zwangsarbeit à la New Deal der ganzen Idee und dem Geist der ehrenamtlichen Arbeit zuwiderläuft und auch nicht gerade für ein harmonisches Arbeitsklima sorgt, aber andererseits ist ihnen auch klar, daß sie selbst einen chronischen Bedarf nach Arbeitskräften haben.[31] Schließlich gibt es noch den Bil-

---

29) Der TUC hat sich schon entschieden für das Programm ausgesprochen (wie er auch die Sklavenarbeit in den »social service centres« der 30er Jahre unterstützt hat), und die Führung der Gewerkschaft, deren Mitglieder vielleicht am meisten von der Teilnahme am öffentlichen Bereich bedroht werden könnten, hat unisono dafür plädiert, dabei mitzuwirken (obwohl kritisch in Bezug auf das darin enthaltene Element des Zwangs), daß der New Deal ins Laufen kommt.

30) Tatsächlich ist New Labour bisher enttäuscht vom aktuellen Anteil an fest zugesagten Stellen aus dem privatwirtschaftlichen Bereich. Sie hatten gehofft, daß von hier zwei Drittel der Plätze der »Beschäftigungs«-Option zur Verfügung gestellt werden würden. Obwohl viele Arbeitgeber natürlich nur billige Arbeitskräfte haben wollen, finden andere es anscheinend aber wichtiger, ArbeiterInnen zu haben, die auch *motiviert* sind und deshalb nicht gezwungen werden müssen, eine Stelle anzunehmen.

31) Der sichtbarste Ausdruck dieses Sektors ist die explosionsartige Vermehrung der Charity shops in den Hauptstraßen in den letzten Jahren. [In den Charity shops werden

(Fortsetzung...)

dungssektor, vor allem die Fortbildungsschulen, die in vielen Fällen für die Ausbildungsoption des New Deal sorgen werden. Dieser Sektor ist mittlerweile als Markt organisiert, auf dem pro Schüler bezahlt und für jeden Abbrecher finanziell bestraft wird und auf dem jede Schule in Konkurrenz zu anderen Schulen mit ihrem Angebot wirbt. Der New Deal wird ihnen Geld bringen, und angesichts der heutigen Unterwerfung unter Markt und Umstrukturierung ist ihnen egal, wo das Geld herkommt.

Zur Zeit der Abfassung dieser Broschüre (April 1998) wurde der New Deal nach der Umsetzung von 12 örtlichen Pilotprojekten seit Januar gerade auf ganz Großbritannien ausgeweitet. Selbst in diesem fortgeschrittenen Stadium scheint ein Großteil des New Deal nur aus Plänen und Zukunftsmusik zu bestehen, und es spricht immer mehr dafür, daß New Labour den Mund vielleicht ein bißchen zu voll genommen hat. Um allerdings ein solch ehrgeiziges Vorhaben überhaupt in Betracht zu ziehen, muß die Regierung schon sehr zuversichtlich sein, daß es nur wenig ernsthaften Widerstand geben wird. Wir müssen jetzt nochmal zurückgehen und uns fragen, warum die natürlichen GegnerInnen des verschärften Sozialleistungsregimes und der Workfare-Maßnahmen es überhaupt so weit haben kommen lassen.

6. Aktivitäten der Oppositionskräfte

6.1 Linke Antworten auf JSA & Co.

Die TUC-Kampagne prägte die Parole »Arbeitsplätze statt JSA«. Sie argumentierten, daß Arbeitslose nicht mit Schikanen zur Arbeit getrieben werden müßten, da sie ja arbeiten wollten und auch würden, wenn (anständig bezahlte) Jobs zur Verfügung stünden. Tatsächlich bestand ihre

---

31)(...Fortsetzung)
gebrauchte, aber gut erhaltene Klamotten und andere Dinge wie Geschirr o.ä. verkauft. Die verkauften Gegenstände sind alle gespendet, und die Mitarbeiterinnen (meist weiblich) arbeiten ehrenamtlich. In Großbritannien sind alle Hauptstraßen mit diesen Läden gepflastert, und sehr viele Leute kaufen dort ihre Kleidung, da sie kein Geld haben, in normale Läden zu gehen. Anm.d.Übers.] Das Zeug, das sie verkaufen, wäre früher auf Wohltätigkeitsbasaren für 5 oder 10 Pence an arme Proleten verschleudert worden; heute aber wird es in diesen Läden für 3 oder 5 Pfund verkauft. Wenn man davon ausgeht, daß das Zeug mehr oder weniger von den gleichen Leuten gekauft wird, stellt dieser Preisanstieg eine Aneignung durch die Grundbesitzerklasse dar, da ein sehr großer Anteil für die Hauptstraßenmieten draufgeht. Weiter unten (6.5) wird die anti-proletarische Rolle, die die Charity shops der Hauptstraßen in letzter Zeit gespielt haben, näher erläutert.

»Kampagne« nur aus Lobby-Politik und dem Verschicken von Pressemitteilungen mit ihren Argumenten.

Sonst eher traditionelle Arbeitslosen-Gruppen, die den TUC-Arbeitslosenzentren angeschlossen sind, äußerten ihren Frust über die mangelnde Unterstützung und das fehlende Engagement der Labour Party und des TUC hinsichtlich JSA und »Project Work«. Das hat in einigen Fällen zu einer Annäherung dieser Traditionalisten und eher an direkten Aktionen orientierter Gruppen aus dem Groundswell-Netz (siehe unten) geführt. Alles in allem haben die Arbeitslosen-Gruppen aus den TUC-Zentren aber wenig mit autonomen Aktionsgruppen von Unterstützungsempfängern zu tun gehabt.

Die bedeutendste Aktivität von linker Seite war nicht das Produkt einer bestimmten linken Organisation oder Ideologie (ob Labourismus oder Leninismus) als solcher, sondern spiegelte vielmehr den Umstand wider, daß die Umstrukturierung des Sozialstaats nicht nur die UnterstützungsempfängerInnen selbst betrifft, sondern wie gesagt auch die ArbeiterInnen, die sie verwalten. JobCentres und Benefit Offices waren sowieso relative Hochburgen von linken Gruppierungen wie Militant, Socialist Workers Party (SWP) usw.. Die übliche (libertäre) Kritik an solchen Linken ist, daß sie versuchen, den Kämpfen anderer ihre Parteilinie überzustülpen, und daß sie manchmal zu unflexibel sind, um Formen und Inhalt autonomer Kämpfe anzuerkennen.[32] Beim Angriff auf das Sozialsystem ging es aber in vielen Fällen um den eigenen Arbeitsplatz der Linken. Zusammen mit dem generellen Niedergang linker Organisationen in den 90er Jahren hatte dies zur Folge, daß ihr Verhalten oft anders war – weniger sektiererisch, weniger dogmatisch.[33] AnarchistInnen und

---

32) Das herausragendste Beispiel ist vielleicht der Versuch von Militant, 1989/90 die Bewegung gegen die Poll Tax unter Kontrolle zu bekommen (siehe Danny Burns: *Poll Tax Rebellion*, Stirling: AK Press 1992). In jüngerer Zeit gab es das Beispiel der Manipulationen der SWP während der Streiks und Besetzungen im University College Hospital 1992-94 (siehe *Occupational Therapy*, London: News from Everywhere 1995). Die *wichtigste* Kritik an solchen Linken ist natürlich, daß ihr Programm sich im wesentlichen nicht vom Programm des Kapitals unterscheidet.

33) Das wurde 1996 bei einer Kundgebung und Diskussion nach einer Anti-JSA-Demo in London deutlich. Viele der anwesenden linken dole workers zeigten, daß sie die Widersprüchlichkeit ihrer Beziehung zu den UnterstützungsempfängerInnen begriffen. Nur ein vereinzelnes SWP-Mitglied forderte die UnterstützungsempfängerInnen auf, auf alle unabhängigen Aktionen zu verzichten und sich geschlossen hinter die ArbeiterInnen zu stellen. Obwohl die linken SachbearbeiterInnen also in ihrer Praxis sehr oft über ihren beschränkten Arbeiterstandpunkt hinausgingen, war dies natürlich nicht immer der Fall.

(Fortsetzung...)

KommunistInnen mußten folglich anders mit ihnen umgehen; daß sie dies nicht immer taten, zeigt die Grenzen der Opposition insgesamt.

6.2 Groundswell und die JSA

Seit 1995 traf sich eine ganze Reihe anarchistischer und ähnlicher Gruppen aus dem ganzen Land, die oft mit Claimants' Unions oder örtlichen Aktionsgruppen verbunden waren, um eine gemeinsame Strategie gegen die JSA zu entwickeln. Die meisten Teilnehmer an diesen Groundswell-Treffen waren selbst arbeitslos und hatten sich – was wichtig ist – auch dafür entschieden. Die meisten von ihnen und auf jeden Fall die einflußreicheren Gruppen im Groundswell-Netz waren sich einig in ihrem Mißtrauen, wenn nicht gar in ihrer Feindschaft gegenüber der Linken und den Gewerkschaften, nicht nur wegen deren Stellvertreterpolitik, sondern auch wegen deren Haltung zur Arbeit.

Während die Linke und der TUC jammerten, sie wollten »Arbeitsplätze statt JSA«, wiesen die Groundswell-Gruppen zu Recht darauf hin, daß es bei der JSA gerade um die Schaffung von mehr Arbeitsplätzen ging: nämlich beschissenen und schlecht bezahlten. Die JSA zielte darauf ab, Leute in die vorhandenen Drecksjobs zu drücken, um den Arbeitgebern billige Arbeitskräfte zur Verfügung zu stellen, wodurch sie produktiver werden und somit weiter expandieren und investieren könnten – um noch mehr solche Drecksjobs zu schaffen. Der TUC und die Linke tun so, als merkten sie nicht, wieviele ArbeiterInnen die Arbeit hassen und wieviele Arbeitslose die Arbeit verweigern; sonst käme nämlich ihre eigene Arbeitsideologie und ihre Abneigung gegen Drückeberger ans Licht – was sie mit den Chefs gemeinsam haben. Aber die Groundswell-Gruppen betrachten die Verweigerung der Arbeit als Schlüsselfrage. Es geht ihnen prinzipiell darum, die Annehmlichkeiten der Arbeitslosigkeit zu verteidigen (und auszuweiten), und nicht darum, daß mehr Arbeitsplätze geschaffen werden. Ihre Parole lautete: »Gegen die Dole-Sklaverei, gegen die Lohnsklaverei«.

---

33)(...Fortsetzung)
Ein weiteres Beispiel dafür ist die Auflösung von Wales Against the JSA (einer Gruppierung, die sowohl aus Gewerkschaftsmitgliedern wie aus ArbeitslosenaktivistInnen bestand), nachdem linke SachbearbeiterInnen versucht hatten, die ganze Kampagne um den üblichen Appell an TUC/Labour Partei zu orientieren. Siehe »Job Seekers Allowance ... Dole bondage? Up Yours!«, in *Subversion* 22.

Was Strategie und Methoden angeht, schien sich das Erbe der Anarchisten bzw. der Claimants' Unions darin widerzuspiegeln, daß viele Groundswell-Gruppen diverse Selbsthilfeansätze und individuelle bzw. Kleingruppenlösungen benutzten. So verteilten sie Flugblätter vor JobCentres mit Tips, wie man bei Vorstellungsgesprächen durchfällt, und anderen Strategien, ohne Bestrafung der Mitwirkungspflicht zu entgehen. Natürlich muß jeder und jede, der oder die von der Stütze lebt, ab und zu solche Methoden anwenden, und natürlich können wir uns gegenseitig dabei helfen, indem wir Tips und Tricks weitergeben und uns so gegenseitig stärken. Das hat früher sicher auch in den Claimants' Unions so funktioniert. Aber die Trickserei- und Beratungsstrategie kann auch dazu führen, daß die Leute nicht zusammengebracht werden, sondern der Individualismus, der teilweise sowieso schon zum Leben von der Stütze dazugehört, noch verstärkt wird. Die Suche nach individuellen Lösungen kann die Notwendigkeit, zusammenzukommen, überflüssig machen – so argumentieren ja auch die meisten, die nicht bei ihrer örtlichen UnterstützungsempfängerInnen-Aktionsgruppe mitmachen: daß sie durch Tricksen, Bluffen usw. »alleine klarkommen«. Aber es ist auch diesen einfallsreichen Individuen klar, daß das mit der JSA verbundene Quotensystem natürlich bedeutet, daß die, die am besten reden können, zwar durchkommen, daß es dafür aber andere erwischt, so daß die Logik der JSA unangetastet bleibt und es in Zukunft auch dich erwischen kann. Die Bevorzugung individueller Trickserei- und Beratungslösungen hat auch auf die Claimants Groups selbst parasitäre Auswirkungen. Die Einzelnen nehmen nur Kontakt zu den Gruppen auf, um sich Tips für ihr eigenes jeweiliges Problem zu holen, und behandeln die Gruppen oft wie Beratungsstellen. Wenn die Gruppen klein sind, zehrt das die AktivistInnen aus und desillusioniert sie, was ihre Veränderungsmöglichkeiten angeht. Wenn die Groundswell-Gruppen durch das Herausgeben von Informationen über Tricks usw. eher individuellen Strategien den Vorzug gaben, dann ist das im wesentlichen der organisatorische Ausdruck einer unter Arbeitslosen herrschenden Tendenz, als Individuen Widerstand zu leisten, was sein moralisches Mäntelchen durch eine anarchistische Anti-Arbeitsideologie erhält.

Aber die Unterstützung beim »Tricksen« war nur eine der von den Groundswell-Gruppen benutzten Strategien. Es gab auch eine ganze Reihe von »Aktionstagen«. So standen Gruppen ein Jahr, bevor die JSA eingeführt werden sollte, Streikposten vor JobCentres und besetzten JobCentres und »Fortbildungsschulen«, bis sie von den Bullen herausgeworfen wurden. Aber auch bei der größten dieser Aktionen nahmen nicht

mehr als 100 Leute teil.[34] Es gab auch zwei landesweite Demonstrationen und eine Besetzung der DfEE-Zentrale, aber wiederum war die Beteiligung gering – nicht mehr als ein paar hundert Leute. Einige lokale Gruppen waren wesentlich aktiver als andere mit kollektiven Aktionen, um Druck auf den Employment Service auszuüben. Am Tag, als die JSA in Kraft trat, fand in Brighton die landesweit größte Demo statt; über 300 Leute belagerten das JobCentre, und die SachbearbeiterInnen benutzten das als Ausrede, um die Arbeit niederzulegen, wodurch das neue System schon am ersten Tag ins Chaos gestürzt wurde. An anderen Orten, sogar in London, war die Reaktion jedoch minimal, wenn sie nicht gar völlig ausblieb.

Groundswell ist immer noch eher ein Netz von kleinen Kampagnengruppen als eine Bewegung. Die Gruppen in diesem Netz haben weder die Phantasie größerer Teile der Arbeitslosen beflügelt noch viele größere Verbindungen zu den Arbeitenden geschaffen - nicht einmal zu denen, die in den JobCentern arbeiten. Während man beim ersten Problem durchaus behaupten kann, daß die Claimants Groups nichts dafür können – viele von ihnen haben rund um die Uhr gearbeitet, um andere Leute einzubeziehen –, ist das Problem der mangelnden Beziehung zu den SachbearbeiterInnen zumindest zum Teil der begrenzten Analyse bei einigen Groundswell-Gruppen geschuldet.

6.3 Das Verhältnis der Claimants Action Groups zu den Kämpfen der SachbearbeiterInnen

Am Anfang der AntragstellerInnen-Kampagne gegen die JSA hatten die meisten Groundswell-Gruppen selbst zu den militantesten SoziarbeiterInnen praktisch überhaupt keinen Kontakt. Im Winter 1995/96 rief die CPSA[35] aber zum Streik gegen den Leistungslohn in den JobCentres auf. Ein gestiegener Leistungslohnanteil war nur eine in einer ganzen Reihe von Methoden, um bereits schlecht bezahlte Beschäftigte zu proletarisieren. Wie schon erwähnt, bedeutete die JSA selbst durch die Rationalisierung der Dienste letztlich den Verlust von Tausenden von Arbeits-

---

34) *Get Yer Hair Cut!!*, (Rundbrief der Brightoner Claimants Action Group), Ausgabe 2, November 1995.

35) Civil and Public Services Association, die größte Gewerkschaft, der Arbeitsamts- und Sozialamtsbeschäftigte angehören. Sie deckt auch die besser bezahlten Beschäftigten im öffentlichen Dienst ab.

plätzen in den JobCentres und Benefit Agencies und eine wachsende Arbeitsbelastung für die übriggebliebenen Beschäftigten; sie sollte auch die Polizeifunktion der JobCentre-Beschäftigten verstärken. Der Streik richtete sich nicht gegen die JSA als solche[36], aber ein Sieg der Beschäftigten hätte bei der Einführung des neuen Regimes ihre Macht gegenüber der Verwaltung gestärkt; vor allem wollten viele SachbearbeiterInnen nicht mehr »Leistung« bringen, wenn das hieß, die AntragstellerInnen zu schikanieren. Durch den Streik gelang es den SachbearbeiterInnen, die Umsetzung der JSA zu stören und um mehr als 3 Monate zu verzögern, was weitaus mehr war, als das gesamte Groundswell-Netz in 3 Jahren geschafft hatte.

Obwohl die Streikposten frühmorgens begannen und während des JobCentre-Streiks eisiges Wetter herrschte, beteiligten sich eine ganze Reihe von Claimants Groups an den Streikposten, so daß ein Kontakt mit den streikenden ArbeiterInnen zustande kam. In Brighton waren zum Beispiel wochenlang jeden Tag AntragstellerInnen an den Streikposten und erklärten allen, die zum Stempeln kamen, warum sie den Streik unterstützten. Diese Unterstützung an den Streikposten zeigte den militanten SachbearbeiterInnen, daß organisierte AntragstellerInnen ernst genommen werden konnten. Intensität und Dauer der Kontakte waren aber unterschiedlich. Das lag zum Teil daran, daß nur in bestimmten ausgewählten Regionen vollständig gestreikt wurde; in anderen Gegenden dauerte der Streik nur einen Tag.

Kontroverser war der Streik der in der CPSA organisierten Benefit Agency-Beschäftigten im August 1996. Wiederum richtete sich der Streik nicht gegen die JSA als solche, sondern dagegen, daß die BA-Beschäftigten im Rahmen der JSA nicht mehr in den DSS-Büros [Department of Social Security: Sozialamt], sondern in den JobCentres arbeiten sollten, die aber nicht mit Sicherheits-Trennscheiben ausgerüstet waren. Während die JobCentres Anfang der 90er Jahre von Trennscheiben auf Großraumbüros mit Topfpflanzen umgestellt hatten, hatten die DSS-Büros die Trennscheiben beibehalten, um das Personal vor wütenden AntragstellerInnen zu schützen. Eine Reihe von Gruppen aus dem Groundswell-Zusammenhang und auch einige CPSA-Aktivisten selbst sagten, daß der Anlaß für den Streik nicht unterstützt werden könne: Die Forderung nach Trennscheiben lege nahe, daß die AntragstellerInnen die Feinde der SachbearbeiterInnen wären - keine normalen Menschen, son-

---

36) Das wäre legal auch gar nicht möglich gewesen; so etwas wäre ein »politischer« Streik gewesen und hätte über die Gewerkschaft hinausgehen müssen.

dern messerschwingende Verrückte. Die Gruppe in Brighton gehörte aber zu denjenigen, die wieder zu den Streikposten gingen. Sie sagten, die Trennscheiben seien zwar sicherlich ein Teil der Technologie der Macht; aber war der Ansatz mit Topfpflanzen und Großraumbüros wirklich ein Zugeständnis an AntragstellerInnen, die gefordert hatten, wie Menschen behandelt zu werden? Wohl kaum. Beide Ansätze waren lediglich unterschiedliche Methoden, um denselben Zweck zu erreichen.

Die Forderung nach Trennscheiben war beschissen; vielleicht verletzte sie unsere moralische Würde als AntragstellerInnen, vor allem aber erhielt sie das gewerkschaftliche Berufsgruppendenken aufrecht und schränkte damit die Erfolgsmöglichkeiten ein. Durch die völlige Ausrichtung auf die Verträge der BA-Beschäftigten stand es nicht zur Debatte, daß die Beschäftigten der JobCentres (d.h. des Employment Service) sich dem Streik anschließen könnten, obwohl beide, die BA- und die ES-Beschäftigten, in derselben Gewerkschaft waren. In manchen Gegenden schlossen sich die AntragstellerInnen aus zwei Gründen trotzdem den BA-Streikposten an. Erstens hätte die die Forderung, wenn sie durchgekommen wäre, beträchtliche Störungen bei der Durchsetzung der JSA bedeutet. Der Einsatz von Trennscheiben war unvereinbar mit der Art und Weise, wie die JobCentres umorganisiert worden waren, und ein Sieg der BA-Beschäftigten hätte zu Personalmangel, weiteren Versetzungen und Schulungskosten usw. geführt. Zweitens war die Unterstützung des Streiks durch eine organisierte Gruppe ein Versuch, das gewerkschaftliche Berufsgruppendenken zu durchbrechen, indem den ArbeiterInnen gezeigt wurde, daß es ein Forum zur Organisierung von Widerstand außerhalb des gewerkschaftlichen Rahmens gab. Letztlich konnte die CPSA den Streik aber erfolgreich vereinnahmen: Die Gewerkschaftsführung gab den militanten Mitgliedern nach und ließ zu, daß der Streik weiterlief, wohlwissend, daß er sich kaum über ihre Kontrolle hinaus entwickeln würde; und die Claimants Groups konnten trotz der Bemühungen von ES- und BA-Aktivisten, sich mit den AntragstellerInnen zusammen zu organisieren, keine praktikable Alternative vorweisen. Die Argumente von Claimants Groups, AnarchistInnen und dergleichen, die sagten, wir sollten keinen Streik für Trennscheiben unterstützen, hatten als Alternative immer eine starke Bewegung von AntragstellerInnen vorausgesetzt. Tatsache war, daß es eine solche Bewegung nicht gab und die Streiks der SachbearbeiterInnen bisher den bedeutendsten Widerstand gegen die JSA darstellen.[37]

---

37) Der JobCentre-Streik führte zur dreimonatigen Verzögerung bei Einführung von JSA.

6.4 Die Kontroverse um »Three strikes«

Der Streit um das Verhältnis zwischen organisierten AntragstellerInnen und SachbearbeiterInnen eskalierte weiter mit dem bei der Groundswell-Konferenz im Mai 1996 gemachten Vorschlag, landesweit eine Kampagne unter dem Motto *»Three strikes and you're out«* (»Drei Schläge und du bist draußen«) gegen übereifrige SachbearbeiterInnen vorzuschlagen.[38] Die »Three strikes«-Strategie war zuvor mit einigem Erfolg in Edinburgh angewendet worden, wo eine Claimants Group seit etlichen Jahren aktiv war. Sie verwendete diese Strategie als Antwort auf eine staatliche Schnüffelkampagne. Bei der Groundswell-Version der »Three strikes« erhält jede Employment-Service-SachbearbeiterIn, die permanent wegen Schikanen gegen AntragstellerInnen auffällt, zwei schriftliche Verwarnungen. Wenn diese nicht beachtet wurden, vergrößert die Claimants Group ein Foto der Person und druckt es als Plakat, auf dem steht, was sie getan hat; dieses Plakat wird dann in der Gegend in Umlauf gebracht.[39]

Diese Idee, AntragstellerInnen die gleiche Macht wie dem Employment Service zu geben, abweichende Einzelpersonen zu bestrafen, hat eine verständliche Anziehungskraft; jeder, der sich schon mal arbeitslos gemeldet hat, wird festgestellt haben, daß es einige Beschäftigte auf den Ämtern gibt, die die Arbeitslosen als »Schnorrer« verachten und ihnen das Leben schwerzumachen versuchen. Dennoch war diese Methode zugeschnitten auf das Vorgehen gegen Einzelpersonen und schien einigen Groundswell-Gruppen ungeeignet und uneffektiv für die Bekämpfung einer Regierungspolitik. Sie schien auch nicht dienlich für die Bildung einer praktischen Einheit mit militanten SachbearbeiterInnen. Die Employment-Service-Verwaltung wedelte mit Groundswell-Pressemitteilungen, in denen die »Three strikes« angekündigt wurden, und versprach, daß sie die ES-Beschäftigten vor der »Gewalt« organisierter AntragstellerInnen schützen würde, deren Kampagne einen »Angriff auf Arbeiter« darstelle. Es wurden daher nicht nur Schwankende möglicherweise in die

---

38) [Diese – ursprünglich dem Baseball entlehnte – Regel wurde vor einigen Jahren in einigen US-Bundesstaaten in der Strafjustiz eingeführt: Die dritte Verurteilung auch wegen einer kleinen Straftat führt automatisch zu einer lebenslänglichen Freiheitsstrafe. Anm.d.Übers.]

39) Die Methode, Bilder von TäterInnen auf Plakaten zu veröffentlichen, war auch bei den Anti-Schnüffel-Kampagnen der Claimants Unions in den 80er Jahren angewandt worden.

Arme ihrer Chefs getrieben, sondern militante ES-AktivistInnen, die Kontakt mit Gruppen aus dem Groundswell-Zusammenhang hatten, wurden öffentlich von ihren Gewerkschaftsführungen denunziert. Die ES-Verwaltung und die Gewerkschaftsführung benutzten »Three strikes« als Vorwand, um die Spaltung zwischen ArbeiterInnen und AntragstellerInnen zu verstärken und ein Bündnis zwischen beiden zu verhindern.

Die Aufregung um die »Three strikes«-Strategie stand in keinem Verhältnis zu ihrer tatsächlichen Existenz. Da nur wenige Gruppen aus dem Groundswell-Zusammenhang diese Methode unterstützten und diese Gruppen auch nicht viele Mitglieder hatten, wurde sie tatsächlich nur bei einer Handvoll Gelegenheiten angewandt, und das nur von Gruppen in Edinburgh, Manchester, Bristol und Nottingham. Die Anwendung dieser Methode spiegelt bei den Gruppen eine Alleingangs-Belagerungs-Mentalität wider, bei der SpezialistInnengruppen von Arbeitslosen-AktivistInnen der Beschwerde einer AntragstellerIn gegen einen individuellen »Schurken« nachgehen und »die Sache für sie erledigen«. Die Methode verspricht mehr, als sie halten kann: Wiederum gibt es keine Bewegung, die aus militanten Aktionen gegen SachbearbeiterInnen eine praktikable Strategie machen könnte.

Die Brightoner Claimants Group schlug eine andere Strategie vor: Wenn eine Sanktion verhängt wurde, sollte eine Telefonkette von AntragstellerInnen aktiviert werden, die dann zum JobCentre kommen und es besetzen würden, bis die Amtsleitung die Sanktion zurückgenommen hätte. Diese Strategie legte den Schwerpunkt also ausdrücklich auf die Amtsleitung und wollte statt einer kleinen Gruppe mit Kamera eher eine Menschenmenge mobilisieren. Auch diese Strategie kam aber nicht in Gang – im Brightoner Fall nicht, weil die Leute nicht die Rolle des wütenden Mobs hätten spielen wollen, sondern weil die Sanktionierten anscheinend keine Lust hatten, aus der Deckung zu kommen – aus der falschen Angst heraus, daß sie ihre Situation verschlechtern würden, wenn sie sich derart öffentlich gegen das JobCentre stellten.

Für einige Gruppen im Groundswell-Netz nahm die »Three strikes«-Strategie eine fast fetischartige Bedeutung an.[40] Das spiegelte zumindest teilweise wider, daß sie die SachbearbeiterInnen lediglich als Leute wahrnahmen, die den AntragstellerInnen Arbeit aufzwingen. Aber das Argument, daß den Leuten Arbeit aufgezwungen wird, zeigt eine gewisse Einseitigkeit bei den Gruppen im Groundswell-Netz. In gewisser Weise

---

40) Siehe die Debatten über die »Three strikes«-Strategie und die »moralische« Stellung der SachbearbeiterInnen in *Subversion* Nr. 19, 20, 22 und 23.

sind viele der Groundswell-Gruppen das spiegelbildliche Gegenstück zum TUC; so wie der TUC blind gegenüber dem Haß auf die Arbeit ist, gehen sie häufig an der Tatsache vorbei, daß die meisten Arbeitslosen arbeiten wollen (und sei es auch nur wegen des Geldes). Das wirkt sich bei einigen Gruppen auch auf das Verständnis des Verhältnisses zwischen Arbeitslosen und SachbearbeiterInnen aus.

Obwohl viele SachbearbeiterInnen vielleicht zwischen guten AntragstellerInnen, die Arbeit suchen, und schlechten, die es nicht tun, unterscheiden, ist vielen klar, daß es nicht genügend Jobs gibt, selbst wenn alle einen wollten, und daß die meisten Jobs im Angebot so beschissene Löhne bieten, daß man von niemandem erwarten kann, dafür zu arbeiten. Was wichtig ist, ist aber, daß das Gleichgewicht zwischen diesen Einstellungen von dem Verhältnis der Klassenkräfte auf dem jeweiligen Amt abhängt. Wo die Verwaltung stark ist, kann jede einzelne SachbearbeiterIn nur wählen, ob sie sich gerade macht und rausgeschmissen wird oder lieber nicht auffällt und insofern ein eher feindliches Verhältnis zu den AntragstellerInnen annimmt. Wenn die ArbeiterInnen stark sind, können sie den von der Verwaltung gestellten Forderungen und Zielvorgaben widerstehen.

Die Umsetzung der JSA unterscheidet sich von Region zu Region beträchtlich. In Gegenden, wo die SachbearbeiterInnen schwach und unorganisiert sind, ist die JSA strenger und es gibt mehr Sanktionen. Aber in anderen Gegenden wie zum Beispiel Brighton, wo die SachbearbeiterInnen organisiert und stark sind, werden weit weniger Leute sanktioniert als in den umliegenden Ämtern. Der Brightoner Employment Service ist schon immer eine militante Hochburg mit einem lockeren Stempelregime gewesen, aber die Unterstützung durch die Claimants Groups hat in den letzten zwei Jahren zum Selbstvertrauen der SachbearbeiterInnen beigetragen, sich zu organisieren und aktiv zu werden.

6.5 Die Kampagne gegen »Project Work«

Die Einführung von Project Work hat in vielen Gegenden zu einer Wiederbelebung einiger Groundswell-Gruppen geführt. Die Brightoner Claimants Group veranstaltete im April 1997 an dem Tag, an dem die Bestimmung mit der »intensiven Arbeitssuche« in Kraft trat, eine kleine Demo und schaffte es trotz der mageren Teilnahme wieder, das JobCentre dichtzumachen. Als im August 1997 die Stellenvermittlungen anfingen, besetzte die Gruppe die Büros der Stellenvermittler (der »Fortbildungsschulen«, die für jede erfolgreiche Vermittlung bezahlt werden).

Die Haupttaktik der Gruppe richtete sich aber gegen die Stellenanbieter selbst. Wie schon erwähnt ging es in Brighton bei Project Work um den »ehrenamtlichen« Bereich, und daher in vielen Fällen um Charity Shops. Streikposten vor Charity Shops, die zum Verbraucherboykott aufriefen, zwangen einige der Organisationen zum Rückzug, obwohl eine ganze Reihe blieben, einschließlich solcher humanitärer Organisationen wie dem örtlichen Roten Kreuz, der British Heart Foundation und Barnardo's.

Die relativen Erfolge der kleinen Kampagne in Brighton scheinen aber nicht repräsentativ für die sonstige Situation im Land zu sein, denn trotz der Aktivitäten der örtlichen Claimants Groups läuft Project Work weiter. Also hat nicht einmal die Einführung einer Zwangsarbeitsmaßnahme mit offenem Strafcharakter, die nicht einmal so tut, als würde sie Arbeitsplätze schaffen oder Leute ausbilden, zur Entstehung einer größeren Bewegung geführt. Wir haben die Grenzen der bestehenden gegnerischen Kräfte gegen die Angriffe auf die Sozialleistungen betrachtet, aber unsere Kritik erklärt nicht, warum sich nicht mehr Menschen beteiligt haben. Tatsächlich sind einige der Grenzen der Gruppen im Groundswell-Netz – ihre »Alleingangsmentalität« – gerade ein Ausdruck der Tatsache, daß sie nicht die notwendige breite Anziehungskraft entwickelt haben: daß sie in vielen Fällen eine isolierte »Avantgarde« sind.

7. Warum der Widerstand nicht zu einer Bewegung geführt hat

Warum die Widerstände gegen die jüngsten Angriffe auf die Sozialleistungen bisher nicht die Form einer Bewegung angenommen haben, läßt sich vielleicht von zwei Seiten analysieren: erstens anhand von einigen »allgemeinen« Erfahrungen mit der Arbeitslosigkeit, die kollektive Aktionen unwahrscheinlich machen, und zweitens anhand einiger besonderer Wesenszüge der natürlichen GegnerInnen dieser Angriffe.

7.1 Warum sich die Masse der Arbeitslosen nicht dem organisierten Widerstand anschließt

Gewöhnlich kann man feststellen, daß es viel einfacher ist, sich im Betrieb zu organisieren, wo eine Gruppe Menschen regelmäßig in täglichem Kontakt steht, als auf dem Amt, wo die Leute sich nur alle 14 Tage melden müssen. Historisch gab es aber nicht immer einen großen Unter-

schied zwischen den sozialen Bedingungen im Betrieb und bei der »Fürsorge«. In den 20er und 30er Jahren wurden die Arbeitslosen gezwungen, sich zweimal wöchentlich zu melden, und die Warteschlangen waren lang und kamen nur schleppend voran; folglich waren die Leute oft für längere Zeit am gleichen Platz versammelt. Die Warteschlangen ließen sich daher ziemlich leicht in Gelegenheiten für öffentliche Versammlungen und auch Demonstrationen mit direkten Aktionen verwandeln[41]. Außerdem entsprach das »Task work«-System wie die heutigen Workfare-Maßnahmen in jeder Hinsicht außer dem Lohn einer normalen Arbeitssituation und ermöglichte Bummelei und Streiks. Der Grund, warum die Regierung 1919, als die Arbeitslosigkeit zu steigen begann, Task Work nicht in größerem Maßstab einführte, war ihre Angst, daß sich dort zu viele militante Arbeitslose konzentrieren würden.[42]

Die Organisation der Sozialleistungen ist noch in einer zweiten Hinsicht wichtig. In den 20er Jahren war das Sozialleistungssystem wesentlich weniger zentralisiert. Die Verwaltung der »Fürsorge« lag bei örtlichen »Guardians« [Wächtern] und später dann bei den Lokalverwaltungen: Bei Leuten, die erkannt und unter Druck gesetzt werden konnten und die entscheiden konnten, ob und wieviel Stütze ausgezahlt wurde, ohne eine übergeordnete Behörde zu befragen.[43] Im gegenwärtigen System haben die örtlichen Behörden natürlich weit weniger Spielraum, selbst wenn sie es mit kollektivem Widerstand zu tun haben.

Obwohl aber die Arbeitslosen von der Welt der normalen Arbeit abgeschnitten sind, blüht zweifellos die Schwarzarbeit, und dabei spielen die Arbeitslosen unzweifelhaft die Schlüsselrolle. Trotz der wachsenden Rationalisierung des Wohlfahrtssystems und der ständigen Aufrufe des Employment Service zur Denunziation von Schwarzarbeitern (unter dem Motto »shop a scrounger« [»verpfeif einen Schnorrer«]) gehen die Arbeit ohne Papiere und ähnliche Betrügereien unverändert weiter. Die Möglichkeit, sich auf diese Weise einigermaßen schmerzfrei durchzuschlagen, trägt zum Widerwillen der AntragstellerInnen bei, bei offenem Widerstand mitzumachen: Wer ins Rampenlicht tritt, riskiert nicht nur, für den Widerstand fertiggemacht zu werden, sondern auch für alle illegalen

---

41) Der Personalmangel in den Unemployment Benefit Offices Anfang der 80er Jahre und die daraus resultierenden langen Warteschlangen waren auch eine Gelegenheit für Formen von kollektiven Aktionen. Siehe die Broschüre *Unwaged Fightback: A History of Islington Action Group of the Unwaged 1980-86*, a.a.O.

42) Croucher, a.a.O., S. 20.

43) Bagguley, a.a.O.

Betrügereien, und dafür in den Knast zu gehen. Die Arbeitslosen sind im allgemeinen nicht »mit allem einverstanden«, sondern sie bleiben in Deckung und wehren sich als Einzelne. Individueller Widerstand existiert in Konkurrenz zu kollektivem Widerstand; der erstere scheint vielen Arbeitslosen einfacher und praktikabler zu sein; der letztere wirkt ungewisser und weniger effektiv. Aber wenn man die kollektiven Erfolge der Vergangenheit betrachtet, wirkt dieser Fatalismus wiederum eher wie eine Zeiterscheinung als wie etwas unauflöslich mit dem Arbeitslosendasein Verbundenes. Was wir erklären müssen, sind die heutigen Formen des Widerstands.

7.2 Warum die arbeitslosen radikalen »Politniks« nicht mitmachen

Wie wir gesehen haben, machte es die Autonomie des Lebens auf Stütze in Großbritannien in den 80er Jahren möglich, daß sich eine Reihe von antagonistischen Lebensstilen und Tendenzen entwickelten, am bekanntesten ist vielleicht der Anarcho-Punk. Ein lockeres Sozialleistungsregime erlaubte es Anarchos und anderen »AussteigerInnen« aus der Arbeit, aus der Not eine Tugend zu machen. Es gab nicht genug Jobs, daher konnten viele sich für den Arbeitslosen-Lebensstil entscheiden und diesen zur Grundlage verschiedener – politischer und anderer – Projekte machen.

In den 90er Jahren waren die lebendigsten der autonomen und auf der Arbeitslosenkohle beruhenden Bewegungen in Großbritannien die Kampagnen gegen den Straßenbau und gegen die Criminal Justice Bill (CJB) [Strafjustiz-Gesetzentwurf]. Die Aktionen gegen den Straßenbau begannen 1991/92 mit dem Kampf gegen die Erweiterung der M3 in Twyford Down, Hampshire, und erreichten neue Höhepunkte an Aktivität und Politisierung mit den Kampagnen gegen die M11-Verbindungsstraße in Nord-Ost-London (1993/94), gegen den Bau der M77 durch den Pollock Park in Glasgow (1995), gegen die Umgehungsstraße von Newbury (1996) und bei der Verteidigung des Fairmile Camps in Devon gegen den Ausbau der A30 (1997). Die Bewegung gegen den Straßenbau führte dazu, daß die Regierung ihre Projekte an wichtigen Punkten zurückziehen mußte; nach einer Reihe von »Novellierungen« der Straßenbauprogramme soll nun nach der letzten Berechnung nur noch ein Viertel der ursprünglich 600 Bauprojekte realisiert werden. Einige frühere Anti-Straßenbau-DemonstrantInnen sind zum Kampf gegen die Flughafenerweiterung in Manchester gewechselt (1997) und beteiligen sich an den »Reclaim the Streets«-Kampagnen [RTS: Erobert euch die Straßen zu-

rück], bei denen karnevalartige Angriffe auf bereits bestehende Straßen gestartet werden – statt nur auf welche, die erst noch gebaut werden sollen.[44]

Die Bewegung gegen den Straßenbau spaltete sich 1994/95 durch die Kampagne gegen den CJB in zwei Teile. Der CJB mit seinen ordnungsrechtlichen Handhaben gegen Formen von Hausfriedensbruch, Versammlungen mit Musik und Bauwagenplätze, Hüttendörfer usw. wurde als Angriff auf verschiedene Lebensstile und »alternative« politische Kampagnen angesehen und führte daher dazu, daß Kämpfe, die ansonsten kaum Berührungspunkte miteinander hatten, sich vereinigten, wie z.B. Anti-Straßenbau-DemonstrantInnen, RaverInnen auf freien Parties, JagdsaboteurInnen, HausbesetzerInnen und Travellers[45]. Der Kampagne gegen den CJB gelang es nicht, das Gesetz zu verhindern, und die neue Einheit verlor einen Großteil ihrer Energie. Aus der Bewegung gegen den CJB entwickelte sich etwas, was auch »DiY culture« [Do-it-yourself-Kultur] genannt wird. In den letzten beiden Jahren ist es RTS und anderen Leuten aus der »DiY«-Bewegung gelungen, wirklich Verbindungen zur »traditionellen« Arbeiterklasse aufzunehmen, indem sie gemeinsame Demos mit den entlassenen ArbeiterInnen aus dem Liverpooler Hafen, dem Krankenhaus in Hillingdon und der Magnet-Küchenfabrik in Darlington organisiert haben.

Trotz der Energie dieser autonomen Kampagnen der letzten 20 Jahre und in der letzten Zeit auch ihrer Bereitschaft, Verbindungen zu Betriebskämpfen herzustellen, fällt am meisten auf, daß es keine echte Bewegung zur Verteidigung der Bedingungen gibt, die ihre widerständigen Lebensstile überhaupt erst möglich machen. Bei den einzelnen AktivistInnen überwiegt die Einstellung, daß sie persönlich schon irgendwie durchkommen und mit ihren jeweiligen Kämpfen weitermachen werden.[46] Eine relativ erfolgreiche und auf jeden Fall sehr aktive politische Kultur, deren Existenz zum größten Teil von der Arbeitslosenunterstüt-

---

44) Siehe »Auto-Struggles: The developing war against the road monster« in *Aufheben* 3 und den *Aufheben*-Artikel »The politics of anti-road struggles and the struggles of anti-road politics: The case of the No M11 link road campaign« in: George McKay (Hg.): *DiY Culture*, London: Verso 1998.

45) Siehe »Kill or chill?« in *Aufheben* 4 (Sommer 1995).

46) Ein gutes Beispiel dafür war der Fernsehauftritt von zwei Medienstars der Anti-A30-Kampagne, die gefragt wurden, warum sie denn Arbeitslosenunterstützung bekämen. Als der Interviewer zu recht sagte, daß sie doch nicht »aktiv beschäftigungssuchend« seien, wenn sie den ganzen Tag bei den Protesten verbrächten, antworteten sie stolz, sie bräuchten nicht stempeln zu gehen, da sie sich schon »zu helfen wüßten«.

zung abhängt, ist also im Grunde zufrieden damit, einzelne autonome Projekte zu verfolgen, statt zu einer wirklichen Einheit zu finden, indem sie die Subsistenzbedingungen verteidigt, die ihre Kampagnen überhaupt erst möglich machen! Was das angeht, sind diese »alternativen« Politniks kein bißchen anders als die große Masse der Arbeitslosen, da die Taktik in jedem Fall darauf hinausläuft, individuelle Lösungen zu suchen: Tricks, Abmelden, Umziehen, Straßenmusik, Schmuck auf Festivals Verkaufen, Studieren usw. usw. usw. Als *Bewegung* glauben sie, sie könnten die Bedrohung der Arbeitslosenunterstützung durch den verschärften Zwang zur Arbeit einfach ignorieren.[47]

7.3 Warum die autonomen Bewegungen sich nicht dazu verhalten, daß das Kapital Arbeit braucht

Anders als die Arbeitslosen der 20er und 30er Jahre haben die auf Arbeitslosenknete beruhenden Kulturen und Bewegungen der 80er und 90er Jahre eine implizit und oft auch explizit arbeitsfeindliche Ideologie entwickelt, allerdings um den Preis, daß sie die gesellschaftliche Rolle der Arbeit leugnen und damit das, was sie alle gemeinsam haben. In den 20er und 30er Jahren definierten sich die Leute im Verhältnis zur Arbeit – eine Grundnotwendigkeit des Lebens –, und das wurde zur Grundlage ihres gemeinsam entwickelten Massenwiderstands. Die TeilnehmerInnen der Bewegungen der letzten Jahrzehnte sehen sich selbst nicht unbedingt als »Arbeitslose« an sich. Ihre Identitäten und ihre Einigkeit beziehen sie vielmehr aus ihren autonomen Projekten: in den 80er Jahren Anarcho-Punk, radikaler Tierschutz und verschiedene Kulturprojekte (Musik, Kunst, alternative Religionen usw.); in den 90er Jahren verschiedene »DiY«-Projekte, bei denen die TeilnehmerInnen das Gefühl haben können, zu einer »besseren Gesellschaft« sogar außerhalb des Reichs der Lohnarbeit »beizutragen« (freie Parties, Permakultur-Kollektive, anarchistische Cafés usw. usw.).

---

47) Einige in der Bewegung des »DiY« und der Ökokampf-Bewegung denken, sie könnten den Angriff auf die Stütze ignorieren. Der schlimmste Ausdruck dieser Tendenz war das Flugblatt »JSA - So What?« [»JSA - Na und?«] vom »Primitivist Network«, das argumentierte, andere Kämpfe seien wichtiger, und von oben herab von »armen Schweinen, die arbeiten gehen wollen«, sprach. Eine ganz gute Antwort gibt es von der Campaign for Real Life: »Against the JSA - Against Blackmail, Against the arrogance of political sects« [»Gegen die JSA - gegen Erpressung, gegen die Arroganz politischer Sekten«]. Erhältlich bei Campaign for Real Life, c/o BM-CRL, London WC1N 3XX, UK.

Aber die Arbeit ist die grundlegende Kategorie, um das Kapital zu verstehen – das Kapital setzt die Arbeit voraus, das Wesen des Kapitals ist die Selbstausdehnung der entfremdeten Arbeit. Wenn es zahlreiche politische Projekte gibt, die sich nicht im Verhältnis zur Arbeit – zum Kapital – verstehen, dann überwiegt die Zersplitterung. Die gegenwärtige Zersplitterung ist ein Überrest des Triumphs der Sozialdemokratie, nach dem utopische Hoffnungen sich in Ideen und Projekten ausdrückten, die von den Betriebskämpfen weit entfernt waren.

In den 80er Jahren, als sich das Kapital durch die thatcheristische Ideologie des Individualismus und Egoismus ausdrückte, entstanden verschiedene uneigennützige Lebensstile als radikale Alternative, als Möglichkeit, eine Verbindung zu unserer wahren Moral herzustellen, die vom Thatcherismus nach dem Gefühl der Leute zu unrecht geleugnet wurde: Die klassischen Beispiele sind die Campaign for Nuclear Disarmament und Animal Liberation. Auf der anderen Seite förderte der Thatcherismus auch eine Konformität um Werte wie harte Arbeit und Konsum herum. Die Alternative dazu war also, als Individuum aus der Lohnarbeit und der Konsumgesellschaft auszusteigen. Zusammengenommen bedeutete Politik also einerseits, sich für irgendein Thema zu engagieren (die atomare Vernichtung, die Völker der »Dritten Welt«), oder andererseits etwas sehr Persönliches, was sich da, wo es nicht auf einen sektierischen Zerfall in einander bekriegende Stämme hinauslief, leicht in eine bürgerliche Karriere umdrehen ließ: Lifestyle mit Moral, radikaler Feminismus, Schwulenbefreiung usw.. Das ultimative Beispiel für diese Tendenzen war der radikale Tierschutz und der damit verbundene Veganer-Lebensstil. Was die beiden Extreme: das »Andere« und das individualisierte »Persönliche« vereinte, war nicht Solidarität, sondern das Gefühl der Freiheit der moralischen *Entscheidung*: Politik schien nicht länger eine Frage der *Notwendigkeit* zu sein.

In den 90er Jahren bot die Bewegung gegen die Straßen zumindest eine gewisse Möglichkeit, die Zersplittertheit zu durchbrechen. Sie begann zwar als moralisches »Umwelt«-Thema, aber je mehr die TeilnehmerInnen sich mit den Bullen herumprügeln mußten, desto mehr klarer wurde ihnen, daß es um die Kräfte des Staats und die Interessen des Kapitals ging. Aber das nationale Straßenbauprogramm ist gestorben, und die restlichen Kampagnen gegen Straßenbau finden ihre Einheit in der »DiY«-Bewegung, wie sie sich in den *SchNews* ausdrückt, die fast jede Form von »direkter Aktion« als legitime praktische Möglichkeit betrachten. Bei diesem Vorrang der Form vor dem Inhalt kommt eine Art Politik-Supermarkt heraus, in dem »Klasse« nur als eine Kategorie der Unterdrückung – gegen ArbeiterInnen – vorkommt, neben der Unter-

drückung von Frauen, Schwarzen, Schwulen und Lesben, Tieren oder »der Umwelt«. In diesem wahllosen Ansatz ist die Unterstützung von beispielhaften aktuellen Betriebskämpfen – Liverpool, Magnet und Hillingdon – genauso wichtig (oder unwichtig) wie Proteste gegen den Export von lebenden Tieren, für Gefangene, gegen Straßen, Flughäfen, den Faschismus usw. usw.. Jede/r Einzelne kann ihr Thema »frei wählen« (was »in« ist, ist allerdings eine Frage der Mode und wird von den »in-sten« Leuten bestimmt), so wie alle ein Recht auf ihre eigenen »einzigartigen« Gedanken und Meinungen haben (obwohl diese meistens genausowenig zuendegedacht und genauso wiedergekäut sind wie die aller anderen Leute). Die moralische Begründung fürs Kämpfen bedeutet, daß der Kampf um Arbeitslosenunterstützung nur eine weitere Entscheidung zu sein scheint, sogar für Leute, die selbst davon leben. Bei so viel freier Auswahl lassen sich die AktivistInnen zu den aufregendsten und spektakulärsten Aktionen hinziehen. Eine langfristige Kampagne mit monatelangem Flugblätterverteilen vor Arbeitsämtern und ähnlichen banalen Aktivitäten steht auf dieser Skala nicht besonders weit oben. Obwohl also viele TeilnehmerInnen dieser Kampagnen selbst von der Umstrukturierung des Sozialstaats und der Einführung von Workfare betroffen sind, interessieren sie sich weniger für ihr eigenes antagonistisches Verhältnis zum Kapital als für das anderer Subjekte.[48]

---

48) Daß die Notwendigkeit beim Kämpfen geleugnet wird, ist aber nicht nur ein Symptom für die gegenwärtige Zersplitterung des Klassenantagonismus nach dem Triumph der Sozialdemokratie, sondern zeigt auch, daß die auf der Arbeitslosigkeit beruhenden Bewegungen der letzten Jahre vor allem von der Mittelschicht getragen wurden. Für Leute aus der Mittelschicht (Eltern aus der Mittelschicht und ein Uniabschluß) erscheint die Arbeitslosigkeit vielleicht als eine positive Entscheidung gegen die Teilnahme an der entfremdeten und konformistischen Arbeitsgesellschaft. Genauso wie sie meinten, die Teilnahme an der Lohnsklaverei sei eine Frage der freien Entscheidung, denken sie jetzt, sie könnten sich auch gegen die Dole-Sklaverei entscheiden – und gegen den Kampf dagegen. Eine derartige »positive Entscheidung« ist aber oft nur eine Rationalisierung, die die Realität der geschrumpften Mittelschichts-Karrierechancen und die zunehmende Proletarisierung der Mittelschichtsarbeit verschleiert. Diese Haltung steht in krassem Gegensatz zu vielen Arbeitslosen aus der Arbeiterklasse, die die Arbeitslosigkeit nicht nur für notwendig, sondern auch für unausweichlich halten. Dies führt oft zu unpolitischem Fatalismus.

8. Aussichten

Während die Arbeitslosen in Frankreich in der letzten Zeit auf die Straße gegangen sind und eine Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung gefordert – und teilweise durchgesetzt – haben, ist der Widerstand gegen die Angriffe auf die Sozialleistungen in Großbritannien bisher wie gesagt minimal. Das zeigt nur noch einmal, in was für einer schwierigen Situation wir uns befinden. Wie anderswo auf der Welt befindet sich die Sozialdemokratie seit über 20 Jahren auf dem Rückzug, in den letzten Jahren beschleunigt sich der Rückzug jedoch und steht nur kurz davor, in eine kopflose Flucht umzuschlagen. Aber während die sozialdemokratischen Errungenschaften der Arbeiterklasse – wie kostenlose Gesundheitsversorgung, kostenlose Bildung und umfassende soziale Absicherung – heute immer schneller abgebaut werden, gibt es bisher kein Anzeichen dafür, daß das, was mit dem Triumph der Sozialdemokratie verloren ging, wiederkommt. Es gibt kaum Anzeichen für eine Repolitisierung der ArbeiterInnenklasse oder für eine Verschmelzung materieller Alltagskämpfe mit der Forderung nach revolutionären gesellschaftlichen Veränderungen.

Doch es stimmt auch, daß es für Blairs New Labour nicht einfach werden wird. So lange, wie es eine breite passive Unterstützung für den Sozialstaat gibt, wird New Labour vorsichtig vorgehen müssen. Jede größere Reform wird nur mit einer beträchtlichen Steigerung der Staatsausgaben zu machen sein, zumindest kurz- bis mittelfristig, damit es möglichst wenig Verlierer gibt und die Sache funktioniert. Aber das steht im direkten Widerspruch zu New Labours »eiserner« Selbstverpflichtung zur Kürzung der Staatsausgaben. An dieser Frage bauen sich schon jetzt Spannungen innerhalb der Regierung auf.

»Welfare to Work« ist ein deutliches Beispiel hierfür. Um dieses politische Flaggschiff auf Kurs zu bringen, war New Labour gezwungen, in ihrer Politik der strikten Einhaltung der Ausgabenpläne der vorigen Regierung eine große Ausnahme zu machen und 3,5 Milliarden Pfund in das Programm zu stecken. Das Geld holten sie sich dann aus einer einmaligen Sondersteuer auf die hochgradig unbeliebten privatisierten Versorgungsgesellschaften. Aber obwohl sich 3,5 Milliarden Pfund nach sehr viel Geld anhört und die Tories nie auf die Idee gekommen wären, so viel Geld in ein solches Programm zu stecken, entsprechen diese über vier Jahre gestreckten 3,5 Milliarden Pfund nicht mal einem Prozent des gesamten Sozialhaushalts. Über kurz oder lang wird sich der Werberummel um dieses Programm mit der Realität messen müssen, und falls es in den nächsten paar Jahren eine größere Rezession gibt, kann man dieses Progamm wahrscheinlich eh vergessen.

Auf einer allgemeineren Ebene sieht es schon so aus, als sei die breite Anti-Tory-Koalition, die New Labour an die Macht gebracht hat, am Auseinanderfallen. Da Blair sich nachdrücklich für die Interessen des Großkapitals einsetzt und gleichzeitig auch die beschränkten Versprechungen, die er den Gewerkschaften gemacht hat, entweder hinauszögert oder ganz zurücknimmt, haben auch die rechtesten Mitglieder der Arbeiterbewegung immer größere Schwierigkeiten, die Labour Party als Vertreterin der Interessen der Arbeiterklasse anzusehen. Wenn die Ökonomie in den nächsten Jahren in Richtung Rezession geht, wird die Desillusionierung gegenüber New Labour wahrscheinlich kritisch werden. Es bleibt abzuwarten, ob dies zu einem Wiederaufleben der Linken innerhalb der Labour Party oder zu ihrer Abspaltung von der Labour Party führt.

Ein erneuter Aufschwung der Sozialdemokratie ist, wie sich in den USA gezeigt hat, eine klare Möglichkeit. Dort äußert sich der Widerstand gegen Workfare vor allem in der gewerkschaftlichen Organisierung der Workfare-Leistenden und in der Forderung nach anständigen Löhnen und Arbeitsbedingungen. In New York zum Beispiel haben Workfare-ArbeiterInnen mit anderen UnterstützungsempfängerInnen aus diversen örtlichen Aktionsgruppen »WEP Workers Together«[49] gegründet, eine gewerkschaftsähnliche Organisation, die sich für die Schaffung von Dauerarbeitplätzen und somit die Abschaffung von Workfare einsetzt. In ähnlicher Weise rekrutieren etablierte Gewerkschaften wie die Öffentlicher Dienst-Gewerkschaft AFSCME Workfare-ArbeiterInnen, ebenso die »Community«-Lobbyorganisation ACORN. Das alles verbindet sich mit dem allgemeinen Aufschwung der aktiven Gewerkschaftsarbeit, die in Amerika in den letzten Jahren wieder stattfindet.

Für uns ist die Frage, ob wir über einen solchen Aufschwung in sozialdemokratischen Formen hinauskommen können. Wie wir gesehen haben, hat die Entstehung von Bewegungen außerhalb der Betriebe in Verbindung mit der Schwäche der Sozialdemokratie in einigen Fällen zum Zusammenbruch des engstirnigen Berufsgruppendenkens der britischen Gewerkschaftsbewegung geführt.[50] Man muß sich aber darüber im klaren sein, daß die jüngsten Verbindungen zwischen Leuten, die am Arbeitsplatz kämpfen, und einigen »neuen« Bewegungen auf einer gegenseitigen Schwäche beruhen. Am offensichtlichsten ist dies vielleicht

---

49) WEP steht für »Work Experience Program« [etwa: Arbeitserfahrungsprogramm].

50) Siehe auch das Papier »UK flexploitation and resistance beyond wage labour« von der Gruppe fHuman (2. Interkontinentales Treffen für Menschlichkeit und gegen den Neoliberalismus, Spanien, August 1997).

beim Kampf der Liverpooler Hafenarbeiter. Noch vor 12 Jahren hätte die Tatsache, daß 500 Hafenarbeiter rausgeschmissen werden, weil sie sich weigern, eine Streikpostenkette zu überqueren, die Hälfte der großen Häfen des Landes lahmgelegt. Innerhalb von drei Wochen wäre die Wirtschaft in der Krise gewesen. Aber im aktuellen Fall hat sich sogar die eigene Gewerkschaft der Hafenarbeiter – die Transport and General Workers Union, die größte Gewerkschaft im Land – geweigert, den Kampf offiziell anzuerkennen, weil sie Angst vor den juristischen Konsequenzen hatte. Nur weil sie nicht die traditionelle Unterstützung durch die Gewerkschaften bekamen, nahmen die Hafenarbeiter die erwähnten Verbindungen mit der Bewegung gegen den Straßenbau und der »DiY«-Bewegung und insofern mit den politisch aktiven Arbeitslosen auf.

Die Frage ist, wie wir auf diesen Verbindungen aufbauen, ihre Begrenzungen überwinden und dabei anfangen können, die Spaltung zwischen den Arbeitenden und den Arbeitslosen zu überwinden. Da die Arbeitslosen durch Workfare massenweise in arbeitsähnliche Situationen getrieben werden, könnte eine Grundlage für gemeinsame Interessen und Perspektiven entstehen. Darum wird es in Zukunft gehen.

Literatur:

»AFL-CIO to organize workfare participants«, *Labor Notes* Nr. 217, April 1997.
AFSCME: »Workfare Workers: A Road Map for Organizing«, 21.07.1997
http://www.crisny.org/not-for-profit/unions/workfare.htm#top (über diese Webseite kommt man zu einer großen Sammlung informativer Texte).
Love & Rage Nr. 7 (5), Oktober/November 1996
People's Weekly World, 12.04.1997
Frances Fox Piven und Richard Cloward: »Regulierung der Armut. Die Politik der öffentlichen Wohlfahrt.« edition suhrkamp sv872, Frankfurt/Main 1977.
Public Hearing on Workfare, Workers Rights Board, 11.03.1997.
Nancy E. Rose: *Workfare or Fair Work*, New Jersey: Rutgers 1995.
Karen Rotger: »Fighting Wisconsin workfare: Organizing to reform welfare reform«, *Guild Practitioner* Nr. 54 (1), 1997
Daniel Vila: »NY Workfare participants demand a union«, SOCNET, 26.02.1997.
R. Walker: *Thinking about Workfare. Evidence from the USA*, HMSO.
»Worker exploitation programme«, *Socialist Review*, März 1998.
Workfare. A TUC briefing, 1995
Work for the dole in America. usadole.htm
»Workfare in NYS: Does it work?« Bericht des Hunger Action Network des Staats New York, 12.05.1997.
»Workers Rights Board hears Workfare horrors at Albany Meeting«, *Solidarity Notes*, April 1997

Zwischen Revolte und Niederlage

Selbständige Arbeiter auf dem Bau in England (1974 / 1997)

Erschienen als Beilage zu Wildcat-Zirkular Nr. 42/43 - März 1998
Auch einzeln erhältlich: Sonderpreis für Zirkular-Leser: 5 Mark.
Bestellungen an Sisina, Postfach 360 527, 10975 Berlin

Inhalt:

Pauschalarbeit in England (»The Lump«)
von Dave Lamb 1974

Die Leute sind ängstlich, aber sie dürsten nach Rache -
von Dave W. zur Situation auf den Baustellen 1997

Beide Autoren haben jahrelang auf dem Bau gearbeitet. Ihre Texte sind ein wichtiger Beitrag für unsere Diskussion über die »selbständigen ArbeiterInnen« und ihre schwer kontrollierbaren Kampfformen.

Mit einem ausführlichem Vorwort der Übersetzer.